Nr. 306 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 16

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— Mk., monatl. 10,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16,50 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21,50 Mk. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Kolonelzeile kostet 3,— Mk., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1,— Mk. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2,— Mk., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 18. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53—54.

Fehrenbach verhandelt.

Abg. Fehrenbach setzte am gestrigen Tage seine Bemühungen zur Bildung einer neuen Regierung weiter fort. Er verhandelte mit den demokratischen Abgeordneten Haas, Haußmann und Petersen, mit dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei Dr. Heinze und den Genossen Hermann Müller und Löbe. Dabei wurde wiederum der Plan, die alte Koalition weiterzuführen, zur Diskussion gestellt, jedoch alsbald wieder fallen gelassen, da die Sozialdemokraten auf ihrem ursprünglichen Standpunkt beharren. Es kann danach wieder nur eine Regierung der bürgerlichen Mitte in Betracht kommen, an der sich Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei beteiligen.

Der Sitzung der demokratischen Reichstagsfraktion von heute Vormittag ist unter diesen Umständen große Bedeutung zuzusprechen. Die Demokraten wünschen ziemlich weitgehende Zusicherungen, daß die Sozialdemokratie sich gegenüber einer Regierung, in der sie vertreten sind, nicht unfreundlich stellen werde. Nach ihrer Entscheidung vom heutigen Tage wird sich Fehrenbach entschließen, ob er seine Bemühungen weiter fortsetzt. Sollte der Beschluß der Demokraten für die neue Regierungsbildung günstig ausfallen, so dürften damit die Hauptschwierigkeiten überwunden sein, und die Ernennung Fehrenbachs zum Reichskanzler wäre dann in kürzester Frist zu erwarten.

•

Wie die „Germania" erfährt, hat Abgeordneter Trimborn den Vorsitzenden der Nationalversammlung, Fehrenbach, als Reichskanzler in Vorschlag gebracht, nachdem der Geschäftsträger Dr. Mayer die Uebernahme des Reichskanzleramtes abgelehnt hat. Abgeordneter Trimborn und Präsident Fehrenbach begaben sich Donnerstag nachmittag 6 Uhr zum Reichspräsidenten Ebert, mit dem sie eine längere Unterredung hatten mit dem Ergebnis, daß Fehrenbach in Fortsetzung der Trimbornschen Mission die Verhandlungen weiterführen wird, wobei ihm Abgeordneter Trimborn unterstützend zur Seite steht. Die Verhandlungen mit der deutschen Volkspartei sind schon ziemlich weit gediehen, während die Stellung der Demokraten noch ungeklärt ist.

Die rechtsstehende Presse ergeht sich angesichts der Schwierigkeiten, denen die Regierungsbildung begegnet, in schadenfrohen Betrachtungen über die „Krise des Parlamentarismus". Leider verrät sie mit keinem Wort, was sie denn an die Stelle des parlamentarisch-demokratischen Systems zu stellen gedenkt. Die Deutschnationale Partei selbst, die einzige, die sich noch offen zum Monarchismus bekennt, hat sich programmatisch für die Monarchie nach englischem Muster ausgesprochen. Das englische Muster ist aber eben das demokratisch-parlamentarische System, verschönt oder verschandelt durch eine angeborene repräsentative Spitze.

Diese programmatische Haltung der Deutschnationalen zeigt am deutlichsten, daß es in Deutschland keinen Menschen gibt, der die Wiederkehr des alten persönlichen Regiments für möglich hält. Wir werden die Zeit nicht wieder erleben, wo dem deutschen Volke unversehens irgendein Michaelis vom Himmel fällt. Es wird dabei bleiben, daß das Volk sich seine Regierung selbst bestimmt, und mag das auch seine Schwierigkeiten haben, so ist das doch tausendmal besser als ein System, das das Volk in Unmündigkeit erhält und ihm keine Gelegenheit gibt zu lernen, sich selbst zu regieren. Das demokratisch-parlamentarische System, zu dem sich ja selbst die Deutschnationale Volkspartei jetzt mit den Lippen zu bekennen pflegt, hat seine Krisen noch vor sich, das persönliche Regiment aber, dem sie früher anhing, hat seine letzte Krise hinter sich, und der 9. November hat auf seine Gruft den Grabstein gesetzt.

Die Knechtung der Pfalz.

München, 17. Juni. (W.T.B.) Halbamtlich wird gemeldet: Die Lage in der Pfalz droht zu einer Katastrophe auszuwachsen. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die französische Besatzungsbehörde die jüngst vollzogene Verhaftung sozialistischer Arbeiterführer zu einer Machtprobe ausnutzen will. In Ludwigshafen sind Truppenverstärkungen eingetroffen. Stärkere Patrouillen mit Maschinengewehren durchziehen die Stadt. Harmlose Passanten werden auf ihre Ausweise geprüft. Bekanntmachungen verlangen die Ablieferung versteckter Waffen. Die Verhängung des Belagerungszustandes über die Pfalz wird befürchtet. Am Freitag, den 18. d. M., mittags 12 Uhr, erwartet die Arbeiterschaft der Pfalz Antwort auf ihren Protest wegen der Verhaftungen. Dann wird es sich zeigen, ob in der Pfalz der französische Militarismus neue, vielleicht blutige Triumphe feiert, wie seinerzeit im Ludwigshafener Postamt, oder ob doch noch Vernunft und Menschlichkeit den Sieg davontragen.

Lohnreduktion im Saarbergbau.

Frankfurt a. M., 17. Juni. Die Verhandlungen über die Höhe der Bergarbeiterlöhne im Zusammenhang mit der Einführung von Frankenlöhnen im Saarbergbau haben zu folgendem Ergebnis geführt: Hauer erhalten 20 Franken, sonstige Untertagearbeiter 18, Schichtlöhner 18,75, Jugendliche 14 Franken. Da Lebensmittelzuschüsse wegfallen, bedeuten die Sätze eine Verschlechterung. — Der französische Leiter des neu errichteten Oberbergamtes Saarbrücken hat vier deutschen höheren Bergrevierbeamten gekündigt und die Bergpolizei den Obersteigern unter Verdoppelung der deutschen Gehaltssätze übertragen. Beide Bergbeamtenverbände haben bei der Saarregierung Einspruch erhoben, allerdings ohne Erfolg. — Die französische Grubenverwaltung hat die Abtrennung des Saarbrücker Knappschaftsvereins von der deutschen Zentralorganisation verfügt.

Frankreichs Gefallene.

Paris, 17. Juni. Das französische Kriegsministerium gibt bekannt, daß im Kriege auf französischer Seite 1 358 872 Mann gefallen sind, darunter sind 361 364 Mann vermißt gemeldet.

Trotz dieser erschütternden Verlustziffer wird Frankreichs Jugend noch immer zur Schlachtbank geführt oder zur Peinigung friedensuchender Nachbarn mißbraucht, in denen Frankreichs Militarismus systematisch den Rachekriegwahnsinn großzieht.

Hofmann-Saalfeld gewählt.

Da die Zahl der sozialdemokratischen Reststimmen in Thüringen die höhere ist, fallen die Magdeburg-Anhalter Reststimmen dorthin, und dadurch ist unser altbewährter Genosse Hofmann-Saalfeld gewählt, nicht wie im Abendblatt gemeldet wurde, Genosse Käppler. Dieser ist vielmehr schon im Wahlkreis Thüringen gewählt worden.

Das Zentrum erhält in Koblenz-Trier einen weiteren Abgeordneten, den Winzer Boltin.

Ungarn — die Schande Europas.

Am 1. Juni, abends 9 Uhr, drangen in Kiskunfélegyháza bewaffnete Soldaten in das Gefängnis des Bezirksgerichts. Sie schleppten aus den Zellen die dort befindlichen, seit Monaten nicht vernommenen Mitglieder des Ortsdirektoriums auf den Hof des Gerichtsgebäudes. Hier wurden sie von den Soldaten überfallen und in furchtbarer Weise mißhandelt. Die Bewohner der Gemeinde hörten die gellenden Hilferufe bis spät nach Mitternacht, aber niemand wagte, den Bedauernswerten zu Hilfe zu eilen. Die Soldaten peinigten zwei Häftlinge mit Knüttelhieben und Bajonettstichen, bis beide im Gefängnishof starben. Ein weiterer wurde mit lebensgefährlichen Stichwunden in das Kecskeméter Spital gebracht. Der vierte wurde verschleppt und es fehlt von ihm jede Spur. Ferner wurden noch 10 Arbeiter aus dem Kiskunfélegyházaer Gefängnis verschleppt, nach Kecskemét überführt, wo sie in der Kaserne des Detachements Héjdas ihres weiteren Schicksals harren.

In der Nationalversammlung verlas der Vizepräsident Sáal einen Brief, den er aus seinem Wahlkreis erhalten hatte. „Im Badeorte Bedaton-Fonyod, am Plattensee (dort begannen im August des Vorjahres die Greueltaten des weißen Terrors) erschienen vier Offiziere des Ostenburg-Detachements, verhafteten den Baumeister Josef Herbert, die Landwirte Julius Keretzte, Ludwig Bas und Csilan, sowie den Kaufmann Sonnenschein. Neue Verhaftungen sind zu befürchten. Die Fonyoder Bevölkerung schreit dringend um Hilfe. Der Ministerpräsident Simonyi-Semadam hat, in Zukunft derartige Angelegenheiten nicht vor die Nationalversammlung zu bringen, sondern unmittelbar dem Landesverteidigungsminister mitzuteilen.

Der Redakteur einer Fachzeitschrift, Dr. Konrad Holländer, wurde vor acht Tagen in der Nacht von Offizieren aus seiner Wohnung herausgeholt. Seine Familienangehörigen stellten Nachforschungen an, doch konnten sie nicht feststellen, wo der Redakteur, der während des Kommunismus überhaupt keine Rolle gespielt und mit Politik sich nicht beschäftigt hatte, versteckt wurde. Nach mehreren Tagen meldeten die ungarischen Blätter, daß Dr. Holländer lebt und daß seine Frau den Aufenthaltsort ihres Mannes kenne. Die Zensur verbot indessen die Ergänzung der Nachricht, daß nämlich Dr. Holländer sich noch immer im Gewahrsam eines Offizierdetachements befinde und in der schrecklichsten Weise mißhandelt worden ist.

Die ungarische Regierung ist jedoch die harmloseste von der Welt. Sie weiß nichts von Terror und ist unschuldig wie ein Lamm, das auf die Weide geführt wird. Der Honvedminister Soos erstattete z. B. in der Nationalversammlung einen Bericht, nach dem er zwei Infanteriebataillone und acht Husareneskadrons in das Gebiet zwischen Donau und Theiß entsandt habe, um es mehrere an kommunistischen Umtrieben beteiligte Personen verhaftet worden. Der Minister erklärte weiter, die Aktion zur Unterdrückung von Verbrechen werde mit aller Energie fortgesetzt werden, und betonte schließlich, daß das Militär Hand in Hand mit dem Bürgertum auch die letzten Wurzeln des Bolschewismus ausgerottet habe.

Die Bedeutung des 20. Juni.

Der nächste Sonntag muß zeigen, ob die Berliner Arbeiter aus den Erfahrungen der letzten zwei Wochen etwas gelernt haben.

Ihr überwiegendes Votum für die U. S. P. am 6. Juni war, wenn es sich jetzt auch als ein verhängnisvoller Fehler herausgestellt hat, begreiflich. Die Berliner Arbeiter wollten eine schärfere Linksrichtung der deutschen Politik, sie wollten den rascheren Fortschritt der Sozialisierung, wollten eine bessere Sicherung der Republik durch entsprechende Umstellungen in der Beamtenschaft und in der Reichswehr. Da sich nun die Unabhängigen als schärfste Kritiker der vorhandenen Mißstände, als durch keine Schwierigkeiten gehemmte Befürworter der proletarischen Wünsche betätigten, glaubten die Berliner Arbeiter, durch eine möglichst große Verstärkung der U.-S.-P.-Fraktion dem Ziel ihrer Wünsche näherzukommen. Sie wählten in Massen U. S. P.

So begreiflich das ist, so selbstverständlich ist auch der Stimmungsumschlag, der seit dem 6. Juni eingetreten ist. Die Arbeiter, die an jenem Tage unabhängig wählten, in der Meinung, damit etwas für ihre Klasse zu erreichen, sehen sich weiter vom Ziel entfernt als zuvor. Es ist keine Rede mehr von Fortschritten, die gemacht werden könnten, sondern nur von drohenden Rückschritten, deren Abwehr den Arbeitern vielleicht große Opfer kosten wird. Die Republik ist nicht gesichert, sondern erst recht gefährdet, Reichswehr und Beamtenschaft werden nicht aus den Reihen der zuverlässigen Republikaner aufgefüllt, vielmehr droht den vereinzelten Sicherungsposten, die dort aufgestellt sind, der Hinauswurf. Kurzum, es ist in jeder Beziehung das Gegenteil von dem eingetreten, was man sich von der Stimmabgabe für die Unabhängigen erwartet hatte.

Dieser Rückschlag ist eingetreten, weil die Arbeiter, nicht zuletzt die Berliner, die Sozialdemokratische Partei zugunsten der Unabhängigen geschwächt haben, und weil dann die Unabhängigen die Aufforderung der Sozialdemokratie, zum Schutz der Republik und der revolutionären Errungenschaften positive Arbeit zu leisten, ablehnten. Diese Ablehnung ist etwas, was in einen Arbeiterkopf nur schwer hineingeht, und vergebens bemüht sich die „Freiheit" Tag für Tag in langen Spalten zu beweisen, daß diese Haltung doch die richtige gewesen sei. Sie opfert dabei der Parteidisziplin ihre eigene bessere Einsicht, denn sie selbst war es, die das Verhängnisvolle in der Taktik ihrer Partei erkannte und darum in ihren acht Forderungen eine gemeinsame Plattform für die Arbeit beider sozialistischer Parteien herzustellen versuchte.

Der 20. Juni bringt nun die Gemeindewahlen für das neue Groß-Berlin, deren politische Bedeutung unter solchen Umständen weit über das rein kommunale Interesse hinausgewachsen ist. In allen politischen Kreisen erwartet man mit größter Spannung, ob die Vorgänge in der großen Politik eine Rückwirkung auf die Gemeindewahlen haben werden und ob die U. S. P. für ihre selbstmörderische, die Interessen der Arbeiterschaft schwer schädigende Taktik den verdienten Denkzettel erhalten wird.

Schon haben die Mecklenburger Arbeiter am letzten Sonntag dem Zentralkomitee der Unabhängigen die Quittung ausgestellt, indem sie zu Tausenden von der U. S. P. zur Sozialdemokratischen Partei zurückkehrten. Der 20. Juni muß zeigen, ob die Berliner Arbeiter ebenso helle sind wie die Mecklenburger.

Die Landtagswahl von Mecklenburg-Schwerin war seit der Revolution das erste Beispiel einer Selbstbesinnung der Massen, der die Selbstbesinnung der Führer in diesem Fall vorausgegangen war. Die Namen Kautsky, Bernstein, Ströbel, Restriepke, Herz-Altona sagen dem politisch Unterrichteten genug. Jetzt hat sich eine weitere Reihe von bekannten Politikern, die der U. S. P. angehören oder ihr nahestehen — unter ihnen selbst v. Gerlach — gegen die verkehrte Politik der Unabhängigen scharf ausgesprochen.

Diesen Vorgängen fehlt auch nicht das Gegenstück auf kommunalpolitischem Gebiet. Im Februar d. J. wurde der U.-S.-P.-Stadtverordnete Dr. Zadeck, der seit fast 30 Jahren der Stadtverordnetenversammlung angehörte, wegen angeblicher Programmverletzung genötigt, sein Mandat niederzulegen. Er erklärte sich damals im „Vorwärts" über seine „Programmverletzung" mit folgenden Worten:

Gegen das Programm verstoßen zu haben, welches zur Zeit meiner ersten Wahl zum Stadtverordneten (1892) oder meiner letzten Wahl resp. meines Eintritts in die U. S. P. Geltung hatte, bestreite ich auf das entschiedenste. Nach alledem, was in den Kriegsjahren vorgefallen war, konnte es für mich nicht zweifelhaft sein, auf welche Seite ich 1918 zu treten hatte, wenn denn doch — auch in der städtischen Vertretung — geschieden sein mußte. Das Ergebnis der Neuwahlen und die weitere Entwicklung in der Fraktion und in der Versammlung, das Vorgehen der Partei innerhalb und außerhalb der Parlamente und nicht zuletzt — der Leipziger Parteitag haben dann freilich gezeigt, daß an die Stelle des alten Programms, an die Stelle unserer sozialdemokratischen Prinzipien mehr und mehr das bolschewistische Vorbild, der Terror und die Vergewaltigung der demokratischen Grundsätze bei vielen meiner alten und

jungen Parteigenossen getreten war, ohne daß sie sich des Unterschieds bewußt wurden, daß die Diktatur des Proletariats bei russischen Zuständen allenfalls geschichtlich zu verstehen, in einem Lande mit hochentwickelter Industrie und hochentwickelter Kultur eine Unmöglichkeit sei oder aber notwendigerweise zum politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch, zur Erstarkung der Reaktion, zum Verlust der revolutionären Errungenschaften führen müsse. Dieser für unsere Arbeiterbewegung verhängnisvollen Entwicklung bin ich, soweit ich es vermochte, auch innerhalb der Fraktion entgegengetreten und für die Einigung der durch den Krieg gespaltenen, feindlichen Brüder eingetreten — als der dringendsten Forderung des Augenblicks.

Nicht ich bin es, der gegen das (Erfurter) Parteiprogramm verstoßen hat, sondern die zurzeit in der unabhängigen Sozialdemokratie dominierende Richtung. Und deshalb scheide ich mich von meinen bisherigen Freunden in der Stadtverordnetenversammlung **in der Hoffnung, die Zeit noch zu erleben, daß auch diese meine Genossen zu der Erkenntnis gelangen werden, daß sie falsche Mittel angewandt haben, um unsere hohen Ziele zu erreichen.**

Die Erkenntnis, daß die als Führer der U. S. P. verbliebenen Geister zweiten Ranges erheblich falsche Mittel anwenden und damit das Gegenteil der beabsichtigten Erfolge erzielen, sollte seitdem auch dem Blindesten aufgegangen sein. So wird der 20. Juni zum Probetag für die politische Einsicht der Groß-Berliner Arbeiterschaft.

Unsere Genossen aber in der Werkstatt, die sich im ersten Junisturm so glänzend gehalten haben, müssen alles aufbieten, um den Gegenangriff vom 20. Juni so erfolgreich wie nur möglich zu gestalten. Es gilt den Kampf gegen den Unverstand, der in diesem Fall viel mehr der Unverstand der Führer als der Unverstand der Massen ist.

Auf diese Weise kann der 20. Juni im Wiedergesundungsprozeß der deutschen Arbeiterbewegung ein wichtiger Gedenktag werden!

Leichenmüllers Opfertod.

Richard Müller, der bekannte Führer der Berliner U.-S.-P.-Metallarbeiter und Räteschwärmer, hat seine Drohung, daß der Weg zur Nationalversammlung „nur über seine Leiche" ginge, wohlbehalten überlegt. Erst jetzt ist er den „Opfertod" gestorben, und das nicht wegen der Nationalversammlung, sondern wegen der — revolutionären Taktik des neuen U.-S.-P.-Hauptvorstandes des Metallarbeiterverbandes.

Vor einiger Zeit hatte, wie wir berichteten, Richard Müller als Redakteur der „Metallarbeiterzeitung" einen Artikel verfaßt, den er „Unternehmerfrechheit" betitelte. Der „revolutionäre" U.-S.-P.-Vorstand ließ aber die zum großen Teil bereits gedruckte Nummer wieder einstampfen, weil Richard Müllers scharfe Worte ihn in seinen Verhandlungen mit den Unternehmern störten.

Nun hat sich Richard Müller darüber beim Verbandsausschuß beschwert, aber dieser hat mit 49 gegen 15 Stimmen dem Leichenmüller ein Mißtrauensvotum gegeben und die wahrhaft „revolutionäre" Verhandlungstaktik des unabhängigen Hauptvorstandes gutgeheißen. Richard Müller hat darauf seinen Redakteurposten niedergelegt — der Kampf des linken U.-S.-P.-Flügels im Metallarbeiterverband gegen den rechten U.-S.-P.-Flügel wird auf dem nächsten Verbandstag lustig ausgefochten werden.

Ein Glück, daß etwas Derartiges nicht unter dem alten „harmoniedusligen" S.-P.-D.-Hauptvorstand vorgekommen ist! Dann hatte nämlich das Geschrei der unabhängigen Presse uns die Ohren gesprengt. So aber hat natürlich alles seine „revolutionäre" Ordnung. Die große Masse der Verbandsmitglieder aber fragt erstaunt, warum ihre sauer aufgebrachten Beitragsgroschen eingestampft werden müssen, weil sich die Unabhängigen im Vorstand und in der Redaktion ihres Verbandsorgans nicht einigen können.

Flensburgs Heimkehr.

Der 17. Juni war für Flensburg ein Feiertag. Der Reichspräsident telegraphierte an den Oberbürgermeister Dr. Todsen:

Anläßlich der Rückkehr der alten deutschen Stadt Flensburg und der zweiten Zone zum deutschen Mutterlande bitte ich Sie, Herr Oberbürgermeister, der Bevölkerung meinen herzlichsten Glückwunsch auszusprechen. Die unwandelbare Treue und die feste Zuversicht der deutschen Grenzmark haben nach langen Monaten bangen Harrens zum Erfolge geführt. Flensburg und die zweite Zone sind nun auf immer mit dem deutschen Vaterland wieder verbunden, dessen Regierung Treue mit Treue vergelten wird.

Reichsminister Dr. Köster sagte in seiner Festansprache: Durch einen Machtspruch der Gegner sei die zweite Zone eine Zeitlang vom alten Vaterlande abgeschnitten gewesen, aber jetzt sei sie freiwillig zurückgekommen. Es sei ein Sieg des Rechts gewesen, der hier erfochten wurde; der Sieg der Idee des Selbstbestimmungsrechts, die hier zu ersticken drohte im Schlamm des Egoismus. Hier habe man einen Triumph unseres neugeborenen Nationalbewußtseins erlebt. Flensburg werde wieder ein Teil des großen einheitlichen Reiches sein, ein Pfeiler des neugeborenen Schleswig-Holstein. Die Treue der Schleswig-Holsteiner zu ihrem Heimatlande habe Deutschland seine Nordmark gerettet. Die Reichsregierung sei überzeugt, daß sich eine Einheit nur auf einem gesunden Volkskörper aufbauen lasse. Von innen heraus müsse sie kommen. Dr. Köster schloß mit einem Hoch auf Schleswig-Holstein, worauf die Menge das Schleswig-Holstein-Lied sang. Sodann bildete sich ein gewaltiger Zug, der sich durch die Straßen der Stadt bewegte.

Rasch – Anspach – Hilferding.

Und ein „schmieriges Subjekt".

Nachdem die Rote Spartakusfahne den Rasch-Brief von uns abgedruckt hat und der „Vorwärts" jene reizenden Mitteilungen Anspachs über die ganz echten, teilweise bezweifelten, teilweise unechten Spitzelbriefe wiedergab, kommt auch die am meisten an der Erörterung interessierte „Freiheit" unter der anmutenden Ueberschrift „Pack" auf diese dunkle Sache zurück.

Sie behauptet, von Anspach selbst nur drei Dokumente zur Veröffentlichung erhalten zu haben. Anspach habe „natürlich" mit keinem Worte erwähnt, daß er irgendeine Kenntnis hätte von einer Sammlung von Dokumenten, noch weniger, daß es sich um gefälschte Dokumente handeln könne oder gar, daß er irgendwelche Dokumente der K. A. P. D. zur Verfügung gestellt hätte, weil er sie für eine Fälschung hielt:

„Wir hatten weder davon eine Ahnung, noch überhaupt, daß Anspach, der Mitglied unserer Partei und seit einiger Zeit unser ständiger Mitarbeiter ist, irgendwelche Beziehungen zur K. A. P. D. unterhielt. Anspach sprach sich vielmehr recht zurückhaltend über die Herkunft der Dokumente aus und erklärte nur einem unserer Redakteure, streng vertraulich, daß sie von einem Offizier herstammen, daß die Originaldokumente nur für wenige Stunden uns zur Verfügung ständen. Wir ließen sie deshalb photographieren und gaben sie zurück."

Von all den anderen Dingen, von dem Zweifel des Herrn Anspach an der Echtheit der Schriftstücke, noch gar von der Tatsache, daß er sie einem Nachrichtenbureau übergeben habe, um die Echtheit oder die Fälschung zu ermitteln, hat die „Freiheit" nach ihrer Angabe keine Ahnung.

Die „Freiheit" macht aber noch eine weitere interessante Mitteilung: Das dritte Dokument, von dem oben die Rede ist, betraf ein Mitglied der K. P. D. (Spartakusbund), das früher zur K. A. P. D. gehörte. Hilferding hat nun die Zentrale des Spartakusbundes, der die Unabhängigen täglich wüst angreift, von diesem Dokument in Kenntnis gesetzt und auf Ersuchen der Zentrale ihr alle drei zur Verfügung gestellt. Die Zentrale ließ für die Freundlichkeit danken und sagen, daß sie das größte Interesse an der Veröffentlichung der beiden anderen Dokumente besitze.

Das Zentralorgan der Unabhängigen veröffentlichte nun auf diesen Wunsch der kommunistischen Zentrale die beiden gegen die K. A. P. D. gerichteten Schriftstücke, unterdrückte aber das dritte, das sich mit einem Mitgliede des Spartakusbundes beschäftigt. Trotz dieser Freundlichkeit spricht die „Rote Fahne" im Anschluß an den Rasch-Brief von einem „Fall Hilferding" und erklärt, daß für Hilferdings Verhalten keine Kritik zu scharf sei. Die „Freiheit" antwortet darauf, indem sie erklärt, daß die Kampfesweise der „Roten Fahne" „ungemein verächtlich" sei und nur ein persönlich schmieriges Subjekt sich so benehmen könne. Von Herrn Anspach, ihrem ständigen Mitarbeiter, gesteht die „Freiheit", daß er sie in unverantwortlicher Weise irregeführt habe.

Und damit können wir die lieben Verwandten sich selbst überlassen.

Die Massenkündigung der Landarbeiter.

Im Januar wurde von sozialdemokratischer Seite in der Nationalversammlung die „kleine Anfrage" gestellt, was die Regierung zu tun gedenke gegen die vom „Pommerschen Landbund" veranlaßte Massenkündigung gewerkschaftlich organisierter Landarbeiter, die sich als eine bewußte Provokation der Arbeiter darstellte, wie die neueste Hetze gegen den Landarbeiterverband genugsam erweist.

Unter dem 1. Juni ist jetzt der Nationalversammlung, noch kurz vor ihrem Tode, die Antwort aus dem Reichsarbeitsministerium zugegangen. Es heißt darin:

„Die angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß die Beschwerden der Arbeiterorganisationen über Kündigungen von Landarbeitern in Pommern an sich wohl berechtigt, wenn auch in einzelnen Fällen übertrieben sind. In 18 Kreisen sind etwa 1230 Kündigungen insgesamt erfolgt, von denen in den mir vorgelegten Berichten 304 Fälle **als zweifellos unberechtigt** bezeichnet werden. In weiteren etwa 330 Fällen kann die Berechtigung der Kündigung bezweifelt werden. Die Ermittlungen haben sich infolge der Märzereignisse und ihrer in Pommern besonders starken Nachwirkungen verzögert und sind auch jetzt noch nicht ganz abgeschlossen, über das endgültige Ergebnis behalte ich mir nach Eingang der von den Provinzialbehörden noch zu erwartenden Berichte weiteren Bescheid vor.

Dem von einigen Seiten vertretenen Vorschlag, zur Verhütung derartiger als Maßregelungen anzusehender Kündigungen die Kündigungsfreiheit zu beschränken, hat die Reichsarbeitsgemeinschaft der Land- und Forstwirtschaft nicht zugestimmt. In mehreren Aussprachen haben, wie der Minister weiter hervorhebt, die Arbeitgeberverbände und der Zentralverband der Land-, Forst- und Weinbergsarbeiter den Standpunkt vertreten, daß zum Schutze der Koalitionsfreiheit die im Betriebsrätegesetz gegebenen Bestimmungen im wesentlichen genügen würden, und daß im übrigen gegen Unbilligkeiten der Arbeitgeber die Selbsthilfe der Gewerkschaften zur Abwehr ausreichen würde. Eine Beschränkung des Kündigungsrechts für Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat im Kreise der Reichsarbeitsgemeinschaft nur der Deutsche Landarbeiterverband gefordert.

Volksentscheid in Preußen.

Der Verfassungsausschuß der Preußischen Landesversammlung beriet eingehend die Fragen des Volksbegehrens und Volksentscheides und setzte zur Formulierung der Beschlüsse einen fünfgliedrigen Unterausschuß ein. Grundsätzlich wurde der Beschluß gefaßt, den Volksentscheid auf Ersuchen von einem Zwanzigstel der Wähler stattfinden zu lassen. Bei Gelegenheit eines demokratischen Antrages, die Unabhängigkeit der Richter auch in der preußischen Verfassung noch ausdrücklich festzulegen, entschied sich der Ausschuß dahin, die Gegenstände, die in der Reichsverfassung bereits endgültig erledigt sind, in der preußischen Verfassung nicht noch einmal zu berühren.

Man will zunächst in eine Generaldebatte über eine etwaige Zweite Kammer (Finanzrat) und den Staatspräsidenten eintreten.

Fest gegründet.

Der große Sturm, der langerwartete, ist losgebrochen.

Kundige sahen ihn schon lange dräuen, Kundige wußten, daß die Wolken, die sich am Himmel dräuend ballten, ballten aus Elend, Not, Haß und altem Hochmut, uns ein Gewitter bringen würden, wie noch keins je gesehen war. Und sie drängten und eilten, unser neues Haus unter Dach und Fach zu bringen. Daß man von rechts und links höhnte über unsere schwere, rastlose Arbeit, daß man uns Arbeitende mit Schmutz bewarf, lästig war es, aber nutzlos, denn niemals zeigten uns die Spötter und Besserwisser, daß sie es besser machen könnten.

Nun ist der Sturm herunter, haben sich die Wolken entladen. So manchen lockeren Stein hat er von unserem Hause gerissen, so manche Ecke, die allzu sehr hervorsprang, hinweggerissen; kreischend und siegestaumelig sammeln unsere Gegner die herausgerissenen Brocken als ihr Eigentum, kreischend und siegestaumelig weisen sie mit den Fingern auf die Lücken, die uns der Sturm gerissen — und können doch eine scheele Enttäuschung nicht verbergen.

Denn unser Haus steht.

Steht fest gegründet in seinen Fundamenten.

Wir werden nicht jubeln, wir werden nicht weinen.

Wir gehen prüfend um unser Werk und erwägen, welche Ecken der Sturm herausreißen konnte durch unsere Schuld, durch unser falsches Bauen. Wir werden Hammer und Kelle nehmen und werden die Lücken neu mauern, besser mauern. Wir werden rüstig weiterschaffen, ausbauen und stärken Mauern und Pfeiler.

Was weiter?

Die Fundamente sind geblieben, die Mauern stehen, unser Haus wird fertig werden, trotz Spott und Hetze, trotzdem wir Arbeitshände und -kittel haben und nicht mit großen Worten den Leuten erzählen, in sieben Tagen die Welt umbauen zu können.

Der nächste Sturm — er soll unser Haus noch fester finden.

Saulus.

Der Berliner Volks-Chor erstattet seinen Jahresbericht. Den sechzehnten! Und er kann feststellen, daß diese im Musikleben der Berliner Arbeiterschaft führende Organisation trotz der Schwierigkeiten der Zeit sich vorwärtsentwickeln konnte. Er hat im abgelaufenen Vereinsjahre einen Aufschwung genommen, wie noch in keinem der vorangegangenen 16 Jahre! Die Mitgliederzahl, bei Kriegsausbruch 409, beträgt jetzt 883, davon 451 singende und 432 zuhörende Mitglieder. Von den singenden Mitgliedern sind 307 Frauen und 144 Männer. Der Volks-Chor ist somit neben der Berliner Sing-Akademie der einzige große gemischte Chor in Berlin, der jetzt über eine genügende Anzahl eigener Männerstimmen verfügt und dadurch von dem Krebsschaden des Chormusiklebens, den bezahlten Sängern, bewahrt bleiben wird. „Dieser höchst überraschende Aufschwung", sagt der Bericht, „ist eins der eindrucksvollsten Kennzeichen für den idealen Sinn, der in den Kreisen der Berliner Arbeiterklasse steckt, und der auch unter Entbehrungen und Opfern die Pflege der geistigen Güter nicht vernachlässigen will, die das Leben erst lebenswert machen". Hoffentlich werden die Opfer, die sich in Zukunft vermutlich noch mehr steigern werden, auch weiterhin tapfer getragen werden.

Der Besuch des theoretischen Elementarkursus ließ in letzter Zeit infolge der Verteuerung der Fahrgelder nach. Inwieweit der Zweck des Kurses, die Sicherheit des Chors zu erhöhen und in jeder Stimme zuverlässige Stützen zu schaffen, erreicht worden ist, muß die Zukunft lehren. Diejenigen Mitglieder, die den Kursus mit Erfolg durchgemacht haben, sollen vom Herbst an in einem A-capella-Chor vereinigt werden, der an die Stelle der bisherigen A-capella-Vereinigung tritt. Letztere war im Anschluß an das vorjährige Stiftungsfest des Chors begründet worden in der Absicht, den vielfachen Aufforderungen zu Mitwirkungen bei Veranstaltungen der Arbeiterschaft leichter entsprechen zu können und dem Chor Zeit zur inneren Fortbildung zu schaffen. Mehr als zwanzigmal hat die A-capella-Vereinigung öffentlich unter Leitung von Dr. Alfred Guttmann gesungen. Dadurch wurde es dem Chor ermöglicht, sich neben dem Kurs fast ausschließlich auf seine eigenen Konzerte zu beschränken.

Ein Ereignis war das Zusammenwirken des Volkschors mit der Kapelle der Staatsoper bei Gelegenheit eines Konzertes des S.P.D.-Bildungsausschusses. Ein erstes gemeinsames Konzertieren! Die großen Leistungen des Chors im letzten Jahre sind bekannt. Viele Tausende haben sie genossen: Berlioz' Fausts Verdammung, Bachs Weihnachtsoratorium, Beethovens Neunte!

Trotz des Wachstums ist der Chor für die großen Aufgaben, die er sich für das kommende Jahr gestellt hat, noch immer nicht stark genug. Sowohl für den zum Herbst geplanten Richard-Strauß-Abend (mit Wanderers Sturmlied und Tailleifer), wie für die zum Frühjahr in Aussicht genommene Matthäuspassion mit ihren Doppelchören kann der Chor noch stärker an Zahl werden. Solistenkonzerte, Volkslieder-Abende und Weihnachtskonzerte vervollständigen den Konzertplan des kommenden Jahres.

Die Berliner Lustbarkeitssteuer wird vom Oberregierungsrat Glasenapp, dem Theaterreferenten des Polizeipräsidiums, in einem Gutachten aus Gründen der künstlerischen und gemeinnützig-volksbildenden Bedeutung des Theaters entschieden abgelehnt. Er spricht die Folgen der Steuer als „geradezu ruinös und verheerend" an. Grosmanns „Tagebuch" veröffentlicht einen Aufsatz Glasenapps, der die Gründe für diese Stellungnahme eingehend entwickelt und dem Magistrat die Erwägung einer Revision der Steuerordnung nahelegt, die sich dann nicht nur auf deren finanzielle Seite beziehen solle. Die Steuerordnung könne auch einfacher gestaltet und die vielen durch Formvorschriften herbeigeführten Belästigungen und Erschwerungen der praktischen Theatergeschäftsbetriebe könnten vermieden oder wenigstens vermindert werden.

Ungenützte Nahrungsmittel. Es erscheint kaum glaublich, daß es in Deutschland heute noch solche gibt. Und dennoch verhält es sich so, wenn man den neuen Untersuchungen von C. Hesse im „Journal für praktische Chemie" Glauben schenkt, nach denen die isländische Flechte — die man gemeinhin als isländisches Moos kennt — den dreifachen Wert der Kartoffel, die verwandte Rennntierflechte den zweieinhalbfachen Nährwert der Kartoffel besitzt durch den hohen Gehalt an Stärke und Zuckerstoffen.

Diese zwei Pflanzen sind gerade in den armen Gegenden Deutschlands (Heiden, Fichtelgebirge, Thüringer Wald) in solchen Mengen vorhanden, daß sich ihr Sammeln, gleich dem der Heidelbeeren, im großen (übrigens auch ihr Anbau auf Oedländern) lohnen würde. Flechtenmehl ist nach Behandlung mit 1 Proz. Sodalösung zur Brotbereitung überaus geeignet und vor allem läßt sich daraus köstlicher „Sago" gewinnen.

Das müssen wir, in deren Lande viele hunderttausend Zentner eines solchen Nahrungsmittels jährlich verfaulen, erst von den gewiß wohlhabenderen Schweden, Norwegern, Nordamerikanern und Japanern lernen, die alle die genannten Flechten längst als Feingerichte verspeisen und teilweise sogar als ideale Kräftigungs- und Mastmittel schätzen.

Wer hier wieder zum erstenmal großzügig zugreifen wird — ein Wink für unsere Konsumvereine! —, schafft sich und Neudeutschland mehr Nutzen als mit den bestersonnenen Arbeitsmahnungen und Finanzreformen.

R. France.

Eine Ausstellung „Schrift in der Arbeitsschule" veranstaltet aus Anlaß der Reichsschulkonferenz das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in der Potsdamer Straße 120. Sie zeigt in einigen Beispielen die Gestaltung des Schreibunterrichts nach den Grundsätzen der Selbsttätigkeit und der Entwicklung eigenwertiger Anlagen. Die Versuche gehen auf die Anregung des Preußischen Unterrichtsministeriums von 1911 zurück. Die Ausgangsformen sind von dem zu früh verstorbenen Kunstmaler Ludwig Sütterlin geschaffen und von einem Ausschuß von Sachverständigen geprüft und gebilligt worden. Die leitenden Grundsätze hat Sütterlin in dem Buche „Neuer Leitfaden für den Schreibunterricht" (Berlin 1917, Albrecht-Dürer-Haus) dargelegt.

Eine Beratungs- und Auskunftsstelle für Farbforschung und Farbenwissenschaft errichtete der Bund Deutscher Dekorationsmaler (Sitz: München, Schommerstraße 17a). Sie wird der Farbenhygiene und Farbentherapie besondere Aufmerksamkeit widmen. Aus Aerzten und Dekorationsmalern wird sie zusammengesetzt sein. Auskünfte werden jederzeit schriftlich gegeben.

Geisterschreiben und Tischklopfen wurde von der „Deutschen okkultistischen Gesellschaft" im Lyzeumklub veranstaltet. Die Suggestion, der der Vortragende, Herr Otto, sowie die Experimentierenden unterlagen, übertrug sich erfreulicherweise nicht auf den gesunden Sinn der Zuschauer. Kein Geist erschien, es war nicht einmal geistreich. „Pseudo-okkultistische Experimente" begannen mit Kartenkunststücken und endeten mit einer richtigen Séance — doch auch ohne Geister. Der „wissenschaftliche" Erfolg des Abends bestand hauptsächlich darin, das Mißtrauen des Publikums gegen den Spiritismus äußerst zu stärken.

wp.

Theater. Im Deutschen Opernhaus findet am 26. Juni die Erstaufführung von Offenbachs „Prinzessin von Trapezunt" statt.

Der Verein zur Verbreitung guter volkstümlicher Schriften in Berlin verläßt ein Preisausschreiben für gute Volkserzählungen, die einen Umfang von etwa 6000 bis 20 000 Silben haben dürfen. Die Wahl des Stoffes und die Art der Behandlung wird in das freie Ermessen der Bearbeiter gestellt. Ablieferung bis zum 31. Juli. Preise von 300 bis 3000 M. Näheres durch die Geschäftsstelle (Berlin W. 35, Lützowstraße 89/90).

Gefängnisstrafe für Sonnenfeld.

Der Bericht im Donnerstagabendblatt ist dahin zu ergänzen, daß Davidsohn weder als Zeuge geladen noch krank war. Er saß im Zuhörerraum. Auch Baumeister war nicht geladen

Ueber die weitere Verhandlung ist zu berichten:

Der Vorsitzende stellt auf Grund der Erklärungen Sonnenfelds fest, daß Sonnenfeld also niemals habe behaupten wollen, Scheidemann habe die Prämie für die Ermordung Liebknechts ausgesetzt und rät abermals eindringlich zu einem Vergleich. Justizrat Werthauer lehnt jedoch ab, da von einer geheimnisvollen Zentrale Scheidemann weiter verleumdet werde. Erst vor einigen Tagen sei ein gefälschter Auftrag Scheidemanns zur Ermordung Liebknechts und Luxemburgs für 10 000 M. der „D. Tagesztg." verkauft worden, deshalb müsse Scheidemann, so wenig ihm an der Bestrafung Sonnenfelds liege, auf Klarstellung der Sache dringen. Als erster Zeuge wird Fritz Henk, der Schwiegersohn Scheidemanns, vernommen. Vors.: Haben Sie jemals erzählt, daß Scheidemann und Sklarz auf den Kopf Liebknechts und Rosa Luxemburgs 100 000 Mark ausgesetzt haben? Zeuge: Nie und nimmer. In Berlin wurde damals viel von Liebknecht gesprochen, und es mag wohl sein, daß auch ich mich an solchen Gesprächen über Liebknecht beteiligt habe. Es ist aber völlig ausgeschlossen, daß ich jemals gesagt haben könnte, mein Schwiegervater oder Herr Sklarz hätten für die Beseitigung Liebknechts und der Frau Luxemburg 100 000 Mark bereitgestellt. Ich habe weder mit meinem Schwiegervater, noch mit Herrn Sklarz jemals davon gesprochen. Wohl ist mir erzählt worden, daß im Reichstagsgebäude Plakate angebracht gewesen sein sollten, in denen eine Belohnung für die Beseitigung der genannten beiden Personen angeboten wurde. Ich hätte aber derartige Plakate wohl sehen müssen. Rechtsanw. Grünspach: Welche militärische Stellung bekleideten Sie bei der Reichstagsgruppe? Zeuge: Ich war mit Baumeister Gründer der Gruppe, wurde aber bald herausgedrängt, weil ich zu weit linksorientiert war. Rechtsanw. Grünspach: Ist es richtig, daß Sie zu dem Zahlmeister der Reichstagsgruppe, Sonnenfeld junior, gesagt haben, es seien je 50 000 Mark auf den Kopf der Frau Luxemburg und Liebknechts ausgesetzt worden? Und ist es ferner richtig, daß Sie selbst ein Kommando zusammengestellt und den Befehl gegeben haben, dieses Kommando sollte in einem Auto nach dem Untersuchungsgefängnis in Moabit fahren, wo sich Frau Luxemburg befände und daß Frau Luxemburg unterwegs an einer bestimmten Brücke zum Aussteigen genötigt und dabei erschossen werden sollte? — Zeuge: Daran ist kein wahres Wort. Auf die Frage des Justizrats Werthauer, ob der Zeuge die von der Verteidigung geladenen Zeugen, die ihn, Henk, belasten sollen, kenne, erklärt Henk, daß der Zeuge Jacobi Herrn Georg Sklarz gegenüber, der für die Angehörigen jedes Gefallenen der Reichstagsgruppe 1000 Mark stiften wolle, die Zahl der Gefallenen auf 164 angegeben habe, während es in Wirklichkeit nur etwa 60 waren. Jacobi sei auch an ihn herangetreten, um von ihm einige tausend Mark zu erbitten, um Salvarsan nach dem Osten mitzunehmen. Auf Befragen Justizrats Werthauers bleibt der Zeuge Henk auch im Hinblick auf die zu seiner Belastung von der Verteidigung geladenen vier Zeugen bei seiner Auslage. Rechtsanw. Grünspach: Der während des Kapp-Putsches getötete Kapitänleutnant von Pflugk-Hartung hat mir selbst erzählt, daß Sie, Herr Zeuge, während Ihres Aufenthalts in einem hiesigen Krankenhause ihm gesagt haben, Ihr Schwiegervater habe eine Belohnung auf den Kopf Liebknechts ausgesetzt. — Zeuge Henk: Das ist schon deshalb unmöglich, da ich nach dem Kriege überhaupt nicht in einem Krankenhause gelegen habe, wie von dem Herrn Verteidiger behauptet ward. Jedenfalls ist auch diese Erzählung absolut falsch. — Angekl. Sonnenfeld (erregt aufspringend): Nicht einmal, sondern zehnmal haben Sie erzählt, daß Ihr Schwiegervater eine Belohnung auf den Kopf Liebknechts ausgesetzt habe. — Zeuge Henk: Das ist eine große Lüge. Sie haben

schon so viel Gemeinheiten in die Welt hinausgeschleudert,

daß es Ihnen auf eine mehr nicht ankommt.

Der Vorsitzende ersucht die Beteiligten, sich ruhig zu verhalten und die Würde des Gerichts zu wahren.

Ein Zeuge Albert Wolff bekundet, daß Henk öfter, wenn er sich mit seinem Schwiegervater Scheidemann gezankt habe, derartige Redensarten gemacht habe. — Zeuge Henk bestreitet nochmals eine derartige Aeußerung getan zu haben. Nach mehrfachen Fragen des Vorsitzenden und des Justizrats Dr. Werthauer erklärt Zeuge Wolff nochmals, daß allerdings die Möglichkeit bestehe, daß Henk geäußert habe, sein Schwiegervater habe ihm erzählt, daß auf den Kopf Liebknechts eine Belohnung ausgesetzt worden sei.

Zeuge Ernst Sonnenfeld wird aus der Untersuchungshaft vorgeführt und gibt an: Er habe seinerzeit die Kassenverwaltung im Regiment „Reichstag" gehabt. Henk sei eines Tages in das Kassenlokal gekommen und habe ihm gesagt, er bekomme den Auftrag, daß je 50 000 Mark an den auszuzahlen seien, der Liebknecht oder die Luxemburg tot in den Reichstag bringe. Von Scheidemann sei dabei nicht die Rede gewesen. Der Zeuge hat aber das Gefühl gehabt, daß der Auftrag auf diesen zurückzuführen sein dürfte. Er glaubt, die Berechtigung zu dieser Annahme gehabt zu haben, da Henk doch in beständiger Fühlung mit seinem Schwiegervater war. Henk habe ihm außerdienstlich auch gesagt: er würde sich freuen, wenn die beiden totgeschlagen würden; er würde 50 000 Mark dafür bezahlen. Der Zeuge erwähnt dann noch einen Vorgang. Er habe sich wegen des ihm von Henk gegebenen Auftrags an Georg Sklarz gewandt. Auf seine Aufforderung ging er mit ihm in ein Zimmer, Sklarz habe in einem anderen Zimmer anscheinend nach der Reichskanzlei telephoniert und dann sei er mit dem Bescheid zurückgekommen: es stimmt! Nachher habe auch Leo Sklarz ihm erklärt, daß 50 000 Mark ausgesetzt seien, um Liebknecht und die Luxemburg zu töten. Eines Tages sei

ein Auto nach dem Zellengefängnis

beordert worden, um Frau Luxemburg totzuschlagen. Die Fahrt ging auf Anordnung Henkes von statten. Im Zellengefängnis habe das Kommando nach Rosa Luxemburg gesucht, sie sei aber nicht dagewesen. Deswegen seien sie selbst festgenommen worden, weil man meinte, sie seien Spartakisten und wollten Rosa Luxemburg befreien. Erst später seien sie auf Grund telephonischer Aufklärung freigelassen worden. Nach der ergangenen Anweisung sollte das Auto bei der Alsenbrücke stillhalten, Frau Luxemburg sollte aussteigen und dann sollte sie totgeschlagen werden. Jeder, der damals dabei war, wisse es. — Zeuge Henke widerspricht dieser Darstellung in jeder Beziehung. Er habe gar keine Berechtigung gehabt, ein Kommando zusammenzustellen; er habe damals gar nicht gewußt, wo das Zellengefängnis war und auch nicht gewußt, wo sich Rosa Luxemburg aufhielt. Wie Sonnenfeld darauf komme, solche falschen Behauptungen aufzustellen wisse er nicht. Es sei kein Wort davon wahr. Auf einen Vorhalt des Justizrats Dr. Werthauer erklärt der Zeuge Sonnenfeld noch: Heinrich Sklarz sei verschiedene Male bei ihm in Holland gewesen und habe ihm gesagt: er solle doch den Mund halten, es werde ihm nichts passieren.

Zeuge Siegfried Jacobi, 21 Jahre alt, war zuerst in der Liebesgabenstelle der Reichstagstruppe und dann s. Z. in der Zentralstelle für Revolutionsopfer beschäftigt. Er bekundet u. a.: Henk habe ihm erklärt: „Vor allen Dingen müssen wir sehen, daß Liebknecht die alte Sau, und Rosa Luxemburg, die alte B—e, um die Ecke gebracht werden". Bei dieser Aeußerung sei aber niemand sonst zugegen gewesen. Die Truppe „Reichstag" sei an und für sich ein Sprungbrett für die Regierung gewesen. Henk sei seinem Schwiegervater immer feindlich gegenübergetreten. Eines Tages sei er (Zeuge) auf Henks Zimmer gekommen. Dieser habe sich gerade umgezogen, um anscheinend als Spartakist zu erscheinen. Er habe ihm dabei gesagt: „Ich gehe nach dem Osten, um zu sehen, was die Spartakisten machen. Jetzt werde ich mir das Geld verdienen. Im Reichstage sei es ganz allgemeines Gespräch gewesen, daß auf Liebknecht und Luxemburg Mordprämien ausgesetzt seien. Davon, daß Scheidemann bei Aussetzung dieser Prämie beteiligt sei, sei keine Rede gewesen. Die Truppe im Reichstag sei ganz systematisch verhetzt gewesen. Vors.: Hat Henk einmal eine solche Aeußerung über Scheidemann gemacht? — Zeuge: Mir gegenüber nicht! — Zeuge Henk bestreitet alle Angaben des Vorzeugen auf das entschiedenste. Der Vorfall, wo er sich umgezogen habe, falle in den März, wo Liebknecht schon tot war. Das Umziehen sei lediglich zu dem Zweck geschehen, um zu sehen, was eigentlich im Norden vorgehe, denn dort hätten die Regierungstruppen toller gewütet als die Spartakisten.

Zeuge Georg Sklarz bestreitet ganz entschieden, daß er eine Mordprämie ausgesetzt habe, er habe auch niemals mit Scheidemann über die Aussetzung einer solchen Belohnung gesprochen. Ebenso unwahr sei es, daß er in einem Zimmer des Reichstages mit irgendeiner Instanz telephonisch sich über die Belohnung befragt habe. Es wurde ja wohl von allen möglichen Menschen davon gesprochen, daß eine Belohnung ausgesetzt sein soll. Ich selbst würde das für wahnsinnig gehalten haben, weil eine Ermordung Liebknechts für die damalige Regierung schädigend gewesen wäre und Liebknecht zum Märtyrer wurde. Es sind damals alle möglichen jungen Leute mit derartigen Anerbieten gekommen; ich habe es ihnen ausgeredet und sie weggeschickt.

Zeugin Krüger, seinerzeit Stenotypistin bei der Truppe Reichstag, von der Verteidigung geführt, weiß nichts von einer solchen Auslobung, hat auch nicht gehört, daß Henk so etwas verbreitet hat.

Zeuge Jeidels weiß nur von allgemeinen Gerüchten, aber nichts davon, daß Henk sie in Umlauf gesetzt habe. Ebenso äußert sich der Zeuge Rudolf Berg. — Zeuge Motorschlosser Martin Raschke weiß gleichfalls nur von Gerüchten ohne von Scheidemanns angeblicher Auslobung etwas zu wissen. Der Zeuge berührt auch noch die Ausfahrt nach dem Zellengefängnis zur Frau Luxemburg, die geholt werden sollte zum Verhör, nicht aber zum Totschlagen. — Vors.: Sollte das Auto bei der Alsenbrücke halten und Frau Luxemburg aussteigen? — Zeuge: Nein. — Der Zeuge wurde schon abgeführt, kehrte aber nochmals zurück und erklärte: Als das Auto nach dem Zellengefängnis fuhr und mehrere Soldaten ihm zuriefen, was denn eigentlich los sei, habe der Oberleutnant Vornhagen einem Matrosen zugerufen: er solle nur mit seinem Browning vor der Frau Luxemburg herumfuchteln und sie springen lassen.

Zeuge Henk wird vereidigt, ebenso die übrigen Zeugen, mit Ausnahme von Ernst Sonnenfeld.

Der Vorsitzende verliest das Protokoll über

die kommissarische Vernehmung Scheidemanns.

Diese geht dahin: „Ich bestreite mit aller Entschiedenheit, jemals weder direkt noch indirekt einen Preis für die Tötung Liebknechts und Rosa Luxemburgs ausgesetzt zu haben. Den Angeklagten kenne ich meines Wissens persönlich überhaupt nicht. Wie er zu seiner Aeußerung kommt, ist mir unverständlich." Im weiteren hat der Nebenkläger bekundet: Als Hauptinspirator der Verleumdungsflut über ihn sehe er den Angeklagten an. Es sei ihm vollständig unklar, wie ein Mensch zu einer solchen Beschuldigung gegen ihn habe kommen können. Aus dem Anklagematerial gehe hervor, daß Sonnenfeld tatsächlich diese bösartige Verdächtigung gegen ihn in die Presse gebracht habe. Im Laufe der Zeit habe Sonnenfeld seine ersten Auslassungen zu kommentieren versucht. Vor dem sozialdemokratischen Untersuchungsausschuß habe er sogar erklärt, daß er niemals behauptet oder geglaubt habe, Scheidemann hätte auf den Tod Liebknechts und Luxemburgs eine Belohnung ausgesetzt. Er lege Wert darauf, in der Oeffentlichkeit festzustellen, daß er in der kritischen Zeit um keines Menschen Leben mehr gebangt habe, als um das Leben der beiden Genannten im Januar 1919. Liebknecht, der mit schwer bewaffneten Menschen durch die Straßen Berlins zog und die Volksbeauftragten vor der Reichskanzlei mit der „Ausbebung des Nestes" bedrohte, hatte eine unbeschreibliche Stimmung gegen sich in der Berliner Bevölkerung, soweit sie nicht spartakistisch oder kommunistisch war, hervorgerufen. Wir hofften, daß er nach seiner wüsten Agitation bald vollkommen abwirtschaften, sich also selbst unmöglich machen werde. Dagegen bezweifelte niemand, daß der getötete Liebknecht für lange Zeit ein wirksames Agitationsmittel aller derer sein werde, die nichts von der Einberufung der Nationalversammlung wissen wollten, vielmehr alle Macht für die Arbeiter- und Soldatenräte verlangten. In der weiteren Aussage erklärt Scheidemann, daß er, als Liebknecht getötet wurde, sich in Kassel befunden habe und dort erst telephonisch das Ereignis erfahren habe. Er sei wie vom Blitz getroffen worden, denn bei allem von Liebknecht bekundeten Haß sprach doch hier das tragische Schicksal eines Menschen vor allem mit, mit dem man viele Jahre hindurch Seite an Seite gekämpft habe. Sonnenfeld habe ihn vor aller Oeffentlichkeit schwer beleidigt und deshalb lege er Wert auf seine Verurteilung.

Zeuge Heinrich Sklarz wird auf Antrag des Justizrats Dr. Werthauer vernommen und schildert einen von ihm und seinem Bruder als Erpressungsversuch aufgefaßten Besuch des Zeugen Siegfried Jacoby in seiner Wohnung.

Die Beweisaufnahme wurde hierauf geschlossen.

Staatsanwalt Gerlach wies in seinem Plädoyer darauf hin, daß von dem Angeklagten

gar nicht der Versuch unternommen

worden sei, den Wahrheitsbeweis dafür, daß Scheidemann einen Kopfpreis gestiftet, also sich der Anstiftung zum Morde schuldig gemacht habe, zu führen. Der Angeklagte habe lediglich den Versuch gemacht, nachzuweisen, daß ein entfernter Verwandter Scheidemanns einmal derartige Redensarten getan habe. Bei Abmessung des Strafmaßes sei zu berücksichtigen, daß der Angeklagte in der Presse ebenfalls sehr scharf angegriffen worden sei. Deshalb empfehle es sich, von einer Freiheitsstrafe Abstand zu nehmen und auf die Höchststrafe von 600 M. zu erkennen.

Hierauf folgen längere Ausführungen der Rechtsanwälte.

In seinen recht sonderbaren Schlußworten erklärte der Angeklagte u. a.: Scheidemann ist der Mann, der auch in den intimsten Kreisen seiner Parteigenossen als das verschleierte Bild von Sais gelte. — Er habe es entschleiert.

Das Urteil des Gerichts lautete auf

2 Monate Gefängnis.

Dem Nebenkläger wurde die Publikationsbefugnis in dem „Vorwärts", „Freiheit", „Tägliche Rundschau", „Berliner Tageblatt" und „Deutsche Zeitung" zugesprochen. In den Gründen, die der Vorsitzende verkündete, heißt es: Die vom Angeklagten aufgestellte Behauptung ist nicht wahr, er hat sie selbst nicht aufrechterhalten, der Gerichtshof ist von ihrer Unwahrheit auch überzeugt. Auch die Behauptung, daß er die Tatsache von einer namhaften Stelle erhalten, ist nicht wahr. Henk hat dies unumwunden abgelehnt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn man berücksichtigt, daß, wenn 1918 Revolution war, man einem Teilnehmer zwölf Monate später nicht den Vorwurf machen darf: Du hast dazu beigetragen, daß in der Revolutionszeit einer zu Tode gekommen ist. Es liegt der Tatbestand des § 186 vor. Dem Angeklagten ist bewußt gewesen, daß er die Beleidigung weiterverbreitet. § 193 St.G.B. sei nicht anwendbar, denn dem Angeklagten ist es nur darauf angekommen, Herrn Scheidemann eins auszuwischen. Die Beleidigung sei eine äußerst schwere, dem Angeklagten ist auch seine Erregung zugute gehalten, seine Unbescholtenheit und die Tatsache, daß er heute deutlich erklärt hat, er wolle seinerseits den Vorwurf nicht erheben.

Nachspiel.

Sonnenfeld, der während der ganzen Verhandlung das Gericht in geradezu widerlicher Art angehimmelt hatte, machte bei der Urteilsverkündung immerfort Zwischenrufe „Ungeheuerlich!", worauf der Vorsitzende, der Sonnenfeld in überaus schonender Weise behandelt hatte, am Schluß einfach sagte: „Für uns ist die Sache erledigt." Aber Sonnenfeld mußte das letzte Wort behalten, indem er rief: „Für mich auch! Das soll ein Gericht, eine Gerechtigkeit sein? Eine Ungeheuerlichkeit ist das, eine Justizkomödie."

Groß-Berlin

Lehre.

„Wird zu scharf nach links gedreht,
So geht die Schose rechts herum!"
Wir haben's gepredigt früh und spät,
Doch ihnen schien das viel zu dumm.
„Links gedreht ist links gedreht!
Ihr sollt mal sehen, wie fein es geht!
Spuckt in die Hände! Ruck, ruck links!"
Rrrutsch — und nach rechts hinüber ging's.
Unter Crispiens glorreicher Führung
Kam die bürgerliche Regierung.

Woraus ein jeder, der es sieht,
Nun auch die rechte Lehre zieht:
Er bleibt nicht länger so unbändig,
Und wählt am 20. Juni verständig.

Caspar.

Welcher Stimmzettel ist gültig?

Um etwaigen Mißverständnissen in den Verwaltungsbezirken, die nicht zur Stadt Berlin gehören, vorzubeugen, sei darauf aufmerksam gemacht, daß die Namen der Kandidaten auf den Stimmzetteln nicht immer in derselben Reihenfolge genannt sind, wie dies in den bei den Wahlkommissaren amtlich überreichten Wahlvorschlagslisten der Fall ist. Ein solches Verfahren ist für die Stimmzettel durch die Wahlordnung nicht vorgeschrieben, die Stimmzettel sind aber, was ausdrücklich hervorgehoben sein mag, deswegen nicht ungültig. In einigen Fällen ist beispielsweise der letzte Kandidat einer Wahlvorschlagsliste auf den Stimmzetteln als dritter oder vierter, jedenfalls auch als letzter Name genannt. Daraus darf nicht geschlossen werden, daß dieser Kandidat als gewählt gilt, wenn nach vollzogener Wahl drei, vier oder mehr Sitze zu verteilen sind, sondern maßgebend bleibt immer, die Reihenfolge der Namen in der amtlichen Wahlvorschlagsliste.

Durch dieses Verfahren soll vielmehr eine gewisse Einheitlichkeit für die Gesamtwahlvorschlagsliste eines Kreises oder eines Bezirkes dokumentiert werden, daß der Name des letzten Kandidaten auch als Schlußname auf dem Stimmzettel verzeichnet steht. Er soll ferner eine gewisse Gewähr bieten, daß bei der Abgabe des Stimmzettels der einzelne Wähler den Willen bekundet, innerhalb der Liste keine Veränderungen vornehmen zu wollen. In anderen Fällen sind außer der Reihe der bei dem zuständigen Wahlkommissar amtlich eingereichten Listen Namen von Kandidaten genannt, die in verschiedenen Orten eines Verwaltungsbezirks wohnen. Durch diese Zusammenstellung soll den Wählern in den einzelnen Orten augenfällig zur Kenntnis gebracht werden, daß ihr Ort mit dem näher bezeichneten Kandidaten als Wahlort mit zu dem größeren Verwaltungsbezirk gehört. Jedenfalls weise man Redensarten wie die, die Stimmzettel wären deshalb nicht gültig, weil eine bestimmte Reihenfolge nicht innegehalten worden ist, aus den dargelegten Gründen auf das entschiedenste zurück. Es wird in diesen Tagen viel auf die Unerfahrenheit der Wähler gerechnet, dieser gilt es durch die Benutzung der sozialdemokratischen Stimmzettel entgegenzutreten.

Abbau der Lazarette.

Schon vor einiger Zeit drängte eine Verfügung des Reichsarbeitsministeriums auf die Verminderung des Personals in den noch bestehenden Lazaretten Groß-Berlins. Nach einer zweiten Verordnung sind zum 1. Oktober d. Js. sämtliche Groß-Berliner Lazarette außer Garnisonlazarett I und Garnisonlazarett II aufzuheben. Alle noch bestehenden Reservelazarette werden zu diesem Termin verschwinden. Manche von ihnen hätten das längst verdient, am meisten das Lazarett in der ehemaligen Kaserne an der Alexandrinenstraße. In der Kriegszeit wurden die Räume als zu Wohnungen für Kriegsgefangene nicht geeignet erklärt, sie dienen aber noch heute als Lazarett für etwa 250 Kranke. Daß trotz Aufwendung großer Summen für die Reservelazarette das Garnisonlazarett I an der Scharnhorststraße eine Station nach der anderen aufgelöst hat, erregt Befremden unter den Angestellten dieses Lazaretts. Von den 500 Betten des Lazaretts I sind zurzeit nur noch etwa 180 mit Kranken belegt. Das erklärt sich daraus, daß ein Teil der Räume an das Friedmannsche Tuberkulose-Institut abgegeben worden ist. Aber auch das Garnisonlazarett II in Tempelhof hat zurzeit etwa 400 Betten leer stehen. Vom 1. Oktober a. c. ab wird das Lazarett II die Kranken der Reichswehr und der Sicherheitspolizei aufnehmen. Im Lazarett I sollen die Kriegsbeschädigten der Versorgungsabteilung behandelt werden. Auch das bisher im Schloß Charlottenburg untergebrachte orthopädische Lazarett wird hierher verlegt. Die Lazarettangestellten sehen dem unvermeidlichen Abbau der Lazarette mit begreiflicher Sorge entgegen. Sie fürchten, daß sie nach ihrer Entlassung das Heer der Arbeitslosen vermehren werden.

1 Mark Mehreinkommen für 12 Stunden Arbeit!

Einen Erwerbslosen, der seit April die Erwerbslosenunterstützung erhielt, wollte die Berufsumleitung der Groß-Berliner Erwerbslosenfürsorge wieder in Arbeit bringen. Sie schrieb ihm, das Berliner Jugendamt brauche Personal zur Beaufsichtigung spielender Schulkinder, sie habe ihn dem Jugendamt zur Verwendung benannt. Er werde daher „ersucht", sich beim Jugendamt einzufinden; die Bedingungen erfahre er dort. Der Erwerbslose meldete sich und erhielt den Bescheid, daß er für einen der außerhalb Berlins gelegenen Spielplätze bis zum 3. Juli gegen eine Vergütung von 12 M. pro Tag eingestellt werden könne. Da ihm, der verheiratet ist, diese Entlohnung bei einem Zeitaufwand von 12 Stunden pro Tag denn doch zu gering schien, so weigerte er sich, die Stelle anzutreten. Jetzt wurde

ihm aber mit Entziehung der bisherigen Erwerbslosenunterstützung von 11 M. pro Tag gedroht — und er mußte sich dann entschließen, die mit einem Mehreinkommen von 1 M. vergütete täglich 12stündige Beschäftigung zu übernehmen. Hält das Jugendamt eine solche Entlohnung, selbst wenn dazu (wie wir vermuten) noch Gratisbeköstigung mit bescheidenem Mittagessen und Vesperbrot kommt, wirklich für „angemessen"?

Die Neuregelung des Verkehrs mit Ostpreußen. Nach Mitteilungen der polnischen Eisenbahndirektion Danzig soll die beabsichtigte Aenderung des Verkehrs mit Ostpreußen erst am 20. d. Mts. in Kraft treten. Danach wird der Verkehr über Danzig nicht mehr direkt abgefertigt werden können, sondern nur noch bis Danzig. Reisende mit direkten Fahrkarten nach Ostpreußen werden wie solche ohne gültige Fahrkarten auf der polnischen Strecke behandelt. Die beiden Nachtschnellzüge, die über die Stadtbahn—Schneidemühl nach Danzig verkehren (D 13 und D 14), werden voraussichtlich beibehalten werden. Außerdem sollen zwei Eilzüge von Berlin nach Königsberg und umgekehrt gefahren werden. Der weitere Verlauf der gepflogenen Verhandlungen wird ihre genauen Fahrpläne bringen.

Einbruchsdiebstahl. In den Kassenräumen der Filiale Groß-Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Johannisstr. 14/15, ist in der Nacht vom 15. zum 16. d. M. ein schwerer Einbruch verübt worden. Durch Zertrümmerung des Geldschrankes fielen den Verbrechern zirka 40000 M. und zwei dunkelgrüne Geldkassetten in die Hände. Für die Ergreifung der Täter sind 10000 M. und für die Herbeischaffung des geraubten Geldes 10 Proz. als Belohnung ausgesetzt. Zweckdienliche Angaben nimmt das Polizeibureau Elsasser Str. 22 oder der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Johannisstr. 14/15, entgegen.

Das 5. städt. Volkskonzert des Blüthner-Orchesters findet heute 7½ Uhr in der Bockbrauerei, Fidicinstr. 2/3, unter Leitung von Paul Scheinpflug statt. Karten im „Vorwärts", Lindenstr. 2, und an der Abendkasse.

Die nächsten zehn städtischen Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Richard Hagel finden am Montag, den 28. Juni, den 2. August, den 9. August, Mittwoch, den 23., 30. Juni, den 4. August, 11. August, und Freitag, den 25. Juni, den 6. August und 13. August, und zwar sämtlich 8 Uhr in der Philharmonie, Bernburger Straße 22/23 statt. Vorverkauf in der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Augsburger Str. 61, in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelufer 15, im Zigarrengeschäft von Horsch und in dem betreffenden Konzertsal.

Städtisches Jugendpflegeamt. Die gefundenen Sachen vom Kindertransport aus Dänemark sind abzuholen im Jugendpflegeamt, Berlin, Jüdenstr. 51/52, Zimmer 7.

Lichtenberg. Das Zentralwahlbureau des 14. Wahlkreises, umfassend Lichtenberg, Friedrichsfelde, Karlshorst, Biesdorf, Kaulsdorf, Mahlsdorf, Marzahn, befindet sich im Parteibureau, Niederbarnimstr. 4. Tel. Kgst. 9007. Stimmzettel sind dort noch erhältlich. Dort wird auch jede Auskunft den Wahlkreis betreffend erteilt.

Pankow. Das Volksbildungsamt hat seit längerem eine Theaterkasse in Betrieb, die dem Publikum Eintrittskarten für die Berliner Theater gegen ganz geringen Aufschlag vermittelt. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, weil manchem unserer Leser, der im Norden Berlins wohnt, durch Inanspruchnahme dieser Theaterkasse der beträchtliche Verlust von Zeit und Fahrgeld beim Bezug von Theaterkarten erspart bleiben würde. Unter anderem sind an der Kasse, Rathaus Pankow, Zimmer 27, auch noch Abonnements für das Große Schauspielhaus zu haben.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Im Juni vier Päckchen Süßstoff (56).

Friedrichsfelde. Für Kinder auf A- und B-Vollmilchkarten für Monat Juni ½ Pfund Zwieback, auf B- und C-Karten ½ Pfund Gerstenmehl und ½ Pfund Sago. Für die 70 Jahre alten und älteren Personen eine Dose Malzextrakt (4). Für Kinder sowie die 70 Jahre alten und älteren Personen auf Sonderkarten je 1 Pfund Haferflocken. Den 70 Jahre alten und älteren Personen auf Sonderkarten bis auf weiteres je ½ Liter Vollmilch täglich.

Steglitz. Bis 19. Juni an über 65—70 und über 70 Jahre alte Personen 250 Gramm Haferflocken, 250 Gramm Gerstengrütze und 1 Dose Malzextrakt (8 K). An Kinder im 1. Lebensjahre 500 Gramm Haferflocken, 250 Gramm Weizengrieß und 1 Dose Malzextrakt; im 2. Jahre 250 Gr. Haferflocken und 125 Gramm Keks (27 K); im 3.—6. Jahre 500 Gramm Haferflocken (23 K). An Jugendliche 500 Gramm Teigwaren (52). An werdende Mütter 1000 Gramm Haferflocken und 500 Gramm Keks (35).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 18. Juni:

Jungsozialistische Vereinigung, Ortsgruppe Lichterfelde, 8 Uhr, im Jugendheim, Albrechtstr. 14a, Diskussionsabend.

Niederschöneweide. 6 Uhr bei Räthel, Grünauer Straße 8. Wichtige Handzettel- und Flugblattverbreitung. Da noch einige Besprechungen zur Wahl nötig sind, ist das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen erwünscht.

In letzter Stunde

ruft die Sozialdemokratische Partei (S. P. D.) die Scharen der Kommunalwähler. Jeder muß dem Ruf der Führerin der Arbeiterschaft auf dem Wege zur sozialistischen Gesellschaftsordnung folgen, keiner darf den

Wählerversammlungen der S. P. D.

fernbleiben. Sie finden statt für

Berlin

heute abend 7 Uhr:

Wahlkreis Berlin-Mitte.

Aula, Ruppiner Str. 48. Referent: Genosse Dr. Loewy.
Aula, Annenstr. 1b. Referent: Genosse Ritter.
Roland-Festsäle, Elsasser Str. 26. Referent: Genossin Wygodzinski.

Wahlkreis Berlin-Tiergarten.

Aula, Kirchner-Oberrealschule, Zwinglistr. 2. Ref.: Gen. Heimann.

Wahlkreis Berlin-Wedding.

Aula, Müller-, Ecke Triftstraße. Referent: Genosse Brolat.
Aula, Grünthaler Str. 5. Referenten: Genossin Riedger, Genosse Pattloch.

Wahlkreis Berlin-Prenzlauer Tor.

Aula, Greifswalder Str. 25. Referent: Genosse Fröhlich.
Königstadt-Brauerei, Schönhauser Allee 10/11. Ref.: Gen. Pöhsch.
Aula, Pappel-Allee 41/42. Referent: Genosse Koblenzer.

Wahlkreis Berlin-Friedrichshain.

Schulaula, Hohenlohestr. 10/11. Referent: Genosse Brückner.
Margareten-Lyzeum, Ifflandstr. 10. Referent: Gen. Hermann.
Gemeindeschule, Petersburger Str. 4. Referent: Gen. Wildegans.
Patzenhofer-Brauerei, Landsberger Allee 26. Ref.: Gen. Müntner.
Schulaula, Rigaer Str. 81/83. Referent: Genosse Glocke.

Wahlkreis Berlin-Hallesches Tor.

Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147. Ref.: Gen. Hetzschold
Bockbrauerei, Fidicinstr. 2/3. Referent: Genosse Bruns.

Sonnabend, den 19. Juni, abends 7 Uhr:

Charlotten-Lyzeum, Steglitzer Str. 29. Referent: Gen. Heimann.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Die Stadtverordneten- und Bezirksverordnetenwahlen für die neue Stadtgemeinde Berlin und die Sozialdemokratie.

Vororte:

Heute, den 18. Juni:

Charlottenburg: im „Volkshaus", Rosinenstr. 3. Referent: Gen. Dr. Striemer.
Lankwitz. 8 Uhr Aula des Realgymnasiums, Thema: „Sozialdemokratische Kultur- und Aufbauarbeit in der Gemeinde Lankwitz". Ref.: Genosse Ostrowski.
Mahlsdorf a. O.: 7½ Uhr im Lokal Anders, Bahnhofstr. Ref.: Genosse Rathmann.
Tempelhof: im Gymnasium Kaiserin-Augusta-Str. 19/20, abends 7½ Uhr. Referent: Dr. Borchardt.
Weißensee: im Restaurant Albrechtshof, Berliner Allee 16. Ref.: Genosse Dr. Rosenfeld.
Pankow: 7½ Uhr im „Kurfürsten", Berliner Str. Referent: Gen. Hänlein.
Friedrichshagen: 7½ Uhr in Conrads Festsälen, Friedrichstr. 181. Referent: Kreutziger.
Oberschöneweide: 7½ Uhr in der Aula des Realgymnasiums Schillerstr. Referent: Genosse Adolf Ritter.
Wittenau: bei Schultz, Oranienburger Str. 88/89. Referent: Gen. Robert Fendel.
Treptow-Baumschulenweg: für den Ortsteil Baumschulenweg im Gasthaus Marienthal, Baumschulenstr. 64. Referenten: Fr. Kißner und Dr. Richard Lohmann.
Britz: 8 Uhr bei Beckers, Chausseestr. 97. Referent: Gen. Stadtrat Conrad.
Friedrichsfelde: 7½ Uhr in Haberlands Festsälen, Wilhelmstr. 38. Ref.: Gen. Arndt, Lichtenberg.
Wannsee: 7½ Uhr im „Reichsadler", Königstr. Referent: Gen. Heller, M. d. L.
Hermsdorf: 7½ Uhr in Löffiers Waldschlößchen. Referent: Gen. Stadtrat Herrmann.
Marienfelde: 7½ Uhr bei Moldenhauer, Berliner Str. 114. Ref.: Gen. Theodor Kobelitz.
Reinickendorf-Ost: 7½ Uhr im „Bürgergarten", Hauptstr. 51. Ref.: Genosse Adolf Buschik.
Alt-Glienicke: 7½ Uhr bei Bohne, Grünauer Str. Ref.: Genossin Juchacz.
Kaulsdorf: 7½ Uhr. Referent:: Genosse Kämning.
Schmöckwitz: 7½ Uhr im Restaurant Linde, Inhaber Stippekohl. Referent: Genosse Wilhelm Guske.
Rahnsdorf: 7½ Uhr im Restaurant Seestraße. Referent: Genosse Arndt, Friedenau.
Steglitz: 7½ Uhr im Gymnasium Heesestraße. Referenten: Gen. Gemeindeschöffe Leimbach und Gemeindevertreter Szillat.
Wilmersdorf: in den Florasälen (Halensee), Johann-Georg-Str. 19. Referent: Dr. Nestriepke.

Morgen, 19. Juni:

24. Abt. 7 Uhr bei Rösner, Immanuelkirchstr. 25. Zusammenkunft der Gruppen-Bezirksführer und aller Wahlhelfer. Wahlverkehrslokal für Sonntag Immanuelkirchstr. 24 bei Dölz.

Niederschöneweide. 7½ Uhr im Wirtshaus Loreley, Berliner Straße 101. Referent Genosse Dr. Striemer. Thema: „Die Wichtigkeit der Stadt- und Bezirksverordnetenwahlen im neuen Groß-Berlin."

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Bezirk 3 Südost. Montag 7½ Uhr in Schuhmachers Festsälen, Skalitzer Str. 126, Bezirksversammlung. Bericht vom Bundestag. — **Mieterverband Groß-Berlin. Abt. Tennewitz.** Heute 7½ Uhr in der Schulaula, Pallasstraße 15, Mieter-Protestversammlung. Herr Rechtsanwalt Dr. Meyer wird über „Die Uebergriffe des Hausbesitzers gegen die Höchstmieten" sprechen. — **Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter, Berlin 5.** Sonnabend 7 Uhr bei Thiel, Rückerstr. 7, Mitgliederversammlung. Wahl der Ortsverwaltung. — **Theater des Westens,** Charlottenburg, Kantstr. 9, im Restaurant (Eingang durch den Garten). Sonnabend 8 Uhr öffentlicher Vortrag des Genossen Pfarrer Dr. Auer über „Weltbild und Religion im Wandel der Zeiten".

Aus aller Welt.

Silberschieber verhaftet. Vorgestern wurde in einer Vorstadt von Mainz ein Automobil angehalten, in dem 43 Silberbarren im Gewicht von 10 Zentnern vorgefunden wurden. Die Insassen wurden verhaftet und die Barren beschlagnahmt.

Großfeuer in Ems. Vorgestern abend brach in Ems im Hotel Englischer Hof (Fürstenhof) ein Großfeuer aus, das die ganze Nacht anhielt und nur mit Hilfe der Feuerwehren aller benachbarten Bezirke gelöscht werden konnte. Mehrere Nachbarhäuser wurden in Mitleidenschaft gezogen.

Die fünf Mühlen von Meaux, die im 16. Jahrhundert gleichzeitig mit der Brücke erbaut waren, sind abgebrannt.

Sport.

Das „Mements" wird am kommenden Sonntag in Treptow den Berliner Radsportfreunden geboten werden. Das klassische Rennen hinter Motorführung wird über 80 Kilometer in zwei Läufen gefahren. Es sind verpflichtet: Wittig, Thomas, Krupkat und Lewanow. Das Fliegerprogramm bringt als Hauptnummer „Das große Handicap". Um den 1. Preis von 2000 M. werden Rütt, Stabe, Arend, Ostermeier, Bettinger, Tadewald u. a. kämpfen. Die Rennen beginnen nachmittags 4 Uhr.

50 Jahre Totalisator. Mit dem diesmaligen Hamburger Derby-Meeting besteht der Totalisator 50 Jahre in Deutschland. — In der diesmaligen Rennsaison hat das Reich allein aus dem Totalisatorbetrieb auf den Berliner Rennbahnen schon 10 Millionen Mark gezogen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Deutsche Fahrrad-Versicherungs-Aktiengesellschaft in Altona. Unter dieser Firma ist ein neues Unternehmen gegründet worden, welches die Versicherung von Fahrrädern gegen jeglichen Diebstahl betreibt. Der Abschluß der Versicherungen erfolgt zu festen Prämien ohne jede Nachschußverbindlichkeit. Die Geschäftsräume der Gesellschaft befinden sich in Altona a. Elbe, Marktstr. 43.

Briefkasten der Redaktion.

A. B. 4. 1. Großmarkthalle für Gemüse und Obst. 2. Herr Stadtrat Berndt. 3. Können wir nicht sagen. 4. Den Eisenbahnbetrieb besorgt die Eisenbahnverwaltung selbst.

58]

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Die Photographie hatte er Barbro auf diese Weise zurückgeschickt, daß er sie selbst in einer Nacht zurückbrachte und zu ihr in den Heuboden eindrang, wo sie ihre Schlafstelle hatte. — Er hatte es aber durchaus nicht in grober, unhöflicher Form getan, nein, weit entfernt; er hatte lange an der Tür herumgetastet, um sie aufzuwecken, und als sie sich auf den Ellbogen aufrichtete und fragte: „Findest du denn heut nacht den Weg nicht herein?" hatte diese vertrauliche Frage ihn wie mit einer Nadel oder einem Degen gestochen; aber er hatte nicht geschrien, sondern nur die Photographie hübsch auf den Fußboden hineingleiten lassen. Und dann war er seiner Wege gegangen. Gegangen? Tatsächlich war er nur ein paar Schritte gegangen, dann fing er an zu laufen, zu laufen; er war sehr aufgeregt, ja förmlich lustig, das Herz hämmerte ihm in der Brust; hinter einem Buschwerk hielt er an und schaute zurück, nein, sie kam ihm nicht nach! Ach, er hatte es halb und halb gehofft! Und wenn sie ihm wenigstens so annähernd Zuneigung gezeigt hätte. Aber zum Kuckuck, dann brauchte er auch nicht so zu laufen, wenn sie ihm nicht auf den Fersen folgte, nur im Hemd und Unterrock, verzweifelt, ja zerschmettert über sich selbst und über die vertrauliche Frage, die nicht für ihn gemünzt gewesen war!

Er wanderte heimwärts, ohne Stock und ohne zu pfeifen, nein, er war kein großer Herr mehr. Ein Stich in die Brust ist keine Kleinigkeit.

Und war es damit zu Ende?

An einem Sonntag ging er wieder hinunter, nur um Ausschau zu halten. Mit einer fast krankhaften unglaublichen Geduld lag er lauernd hinter dem Gebüsch und starrte nach der Hütte hinüber. Als sich endlich Leben und Bewegung zeigte, war es, als sollte er vollends vernichtet werden. Axel und Barbro traten beide aus der Gamme und gingen zusammen in den Stall. Sie waren jetzt zärtlich zueinander, ja sie waren sehr zärtlich, sie gingen Arm in Arm, er wollte ihr wohl im Stall helfen. Ei, sieh einer!

Elefeus betrachtete das Paar mit einer Miene, als habe er alles verloren, als sei er zugrunde gerichtet. Vielleicht dachte er ungefähr so: sie geht Arm in Arm mit Axel Ström, wie sie dazu gekommen ist, weiß ich nicht, einmal hat sie ihre Arme um mich geschlungen.

Sie verschwanden im Stall.

Na, meinetwegen! Bah! Sollte er hier im Gebüsch liegen und sich etwas vergeben? Das sollte er wohl tun, sich flach auf die Erde legen und sich so vergessen? Wer war sie? Aber er war der, der er war. O noch einmal Bah!

Er richtete sich auf und stand aufrecht da. Dann streifte er Blätter und Heidekraut von seinen Beinen und richtete sich wieder hoch auf. Sein Zorn und sein Uebermut traten auf seltsame Art zutage: er war desperat und fing an ein Lied von nicht unbedeutender Leichtfertigkeit anzustimmen. Und wenn er dann die schlimmsten Stellen recht absichtlich viel lauter sang, dann lag auf seinem Gesicht ein recht zärtlicher Ausdruck.

19.

Isak kam mit einem Pferd aus dem Dorfe zurück.

Jawohl, er hatte das Pferd des Amtsdieners gekauft, es war, wie Geißler gesagt hatte, zu haben, aber es kostete zweihundertvierzig Kronen, gleich sechzig Taler. Die Pferdepreise waren jetzt ins Unerschwingliche gestiegen, in Isaks Kindheit hatte man die besten Pferde für fünfzig Taler haben können.

Aber warum hatte er nicht selbst Pferde gezüchtet? O, er hatte es sich wohl überlegt, hatte an ein junges Füllen gedacht — das er ein und auch zwei Jahre hätte aufziehen müssen. Das konnte der tun, dem seine Feldarbeit Zeit dazu ließ, einer, der seine Sümpfe so daliegen lassen konnte und sie nicht umzuroden brauchte, bis er einmal ein Pferd hatte, das ihm die Ernte heimfuhr. Wie der Amtsdiener sagte: „Ich habe keine Lust, ein Pferd zu füttern, das Heu, das ich habe, können meine Frauenzimmer hereintragen während ich auf Verdienst auswärts bin."

Das neue Pferd war schon ein alter Gedanke von Isak, ein mehrjähriger Gedanke, nicht Geißler hatte ihn ihm erst in den Kopf gesetzt. Deshalb hatte er ja auch soweit möglich Vorbereitungen dafür getroffen, noch eine Raufe, noch einen Weidepfahl für den Sommer; Wagen und Karren hatte er mehrere, und weitere wollte er im Herbst anfertigen. Das Wichtigste von allem, das Futter, hatte er natürlich auch nicht vergessen; warum wäre es sonst so notwendig gewesen, das letzte Stück Moor schon im letzten Jahre umzubrechen, wenn er nicht vorbeugen hätte wollen, weil er sonst seinen Kuhbestand hätte vermindern müssen! Jetzt war auf dem Moor Grünfutter gesät worden, das war für die kalbenden Kühe bestimmt.

Ja, alles war bedacht worden. Inger hatte wieder guten Grund, wie in alten Tagen vor Verwunderung die Hände zusammenzuschlagen.

Isak brachte Neuigkeiten aus dem Dorf mit: Breidablick sollte verkauft werden, jetzt war es vom Kirchplatz aus bekannt gemacht worden. Die wenigen Felder, die bebaut waren, die Wiesen und die Kartoffeläcker, alles war inbegriffen, vielleicht auch das Vieh, ein paar Haustiere, Kleinvieh. „Will er denn rump und stump alles verkaufen und sich ganz ausziehen!" rief Inger. „Und wo will er denn hinziehen?" — „Ins Dorf." —

Das war ganz richtig, Brede wollte ins Dorf ziehen. Allerdings hatte er zuerst versucht, sich bei Axel Ström einzuquartieren, wo ja Barbro schon war. Das ging jedoch nicht. Brede wollte um alles in der Welt das Verhältnis zwischen seiner Tochter und Axel nicht zerstören, und so nahm er sich wohl in acht, aufdringlich zu werden, aber natürlich war es ihm ein böser Strich durch die Rechnung. Axel wollte ja bis zum Herbst das neue Haus unter Dach bringen, wenn dann er und Barbro hineinzogen, hätte da nicht Brede mit seiner Familie die Gamme bekommen können? Nein! Seht, Brede dachte nicht als Ansiedler, er verstand nicht, daß Axel ausziehen mußte, weil er die Gamme für seinen wachsenden Viehstand brauchte; die Gamme mußte auch hier in den Stall verwandelt werden. Aber selbst nachdem Brede alles erklärt worden war, blieb ihm dieser Gedankengang fremd. „Die Menschen kommen doch wohl vor den Tieren," sagte er. — Nein, das war nicht des Ansiedlers Ansicht, o weit entfernt! Die Tiere zuerst, die Menschen konnten sich immer einen Winteraufenthalt verschaffen. — Da mischte sich Barbro drein und sagte: „So, du stellst die Tiere über die Menschen? Es ist gut, daß ich das erfahren habe!" — Wahrlich, Axel machte sich ja eine ganze Familie zum Feind, weil er kein Obdach für sie hatte. Aber er gab nicht nach. Er war ja auch nicht dumm und gutmütig, sondern im Gegenteil allmählich immer geiziger geworden, er wußte wohl, daß bei einer solchen Einquartierung mehrere Mägen mehr zu befriedigen sein würden.

(Forts. folgt.)

Die Armenpflege und wir.

Von Anna Kulicke, Stadtverordnete in Berlin.

In der letzten Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung gelangte ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Annahme, der den Almosenempfängern eine besondere Beihilfe von 100 M. zubilligte, den Ehepaaren das Doppelte und den Pflegegeldempfängerinnen für jedes Kind 50 M.

Von der Notwendigkeit dieser Maßnahme wird wohl jeder sozial empfindende Mensch überzeugt sein, da gerade diese Aermsten unter der Not der heutigen Zeit am meisten zu leiden haben, weil der größte Teil von ihnen nicht mehr erwerbsfähig ist. Für die Almosenempfänger galt früher als Unterstützungshöchstsatz 30 M., und Pflegegeld wurde bis zu 15 M. gezahlt. Im Februar 1919 trat eine generelle Erhöhung von 8 M. für Almosen und 5 M. für Pflegegeld ein; doch bei der stetig fortschreitenden Teuerung reichte das bald nicht mehr aus, so daß der Höchstsatz für Almosen auf 60 M. heraufgesetzt wurde und Pflegegeld konnte bis zu 30 M. gezahlt werden. Diese Sätze sollen vom Juli ab auf 80 und 40 M. erhöht werden. Die Winterbeihilfe für Heizung betrug früher 8 M., dann 15 und im letzten Winter 30 M., einst bekam man aber für 8 M. 10 Zentner Kohlen, während man heute für 30 M. kaum 2 Zentner erhält, daraus ist ersichtlich, daß die Unterstützung trotz der Erhöhung ganz unzureichend ist.

Haben nun schon die Almosenempfänger ständige Not, so liegt die Sache noch schlimmer bei den Pflegegeldempfängerinnen, fast ausnahmlos Mütter, die ihre Kinder selbst erhalten müssen. Wie kann man aber heut ein Kind für 30 M. beköstigen, geschweige denn kleiden. Wie wirtschaftlich müssen diese Frauen sein, um die Kinder noch so anständig gekleidet, wie dies meist geschieht, zur Schule zu schicken.

Die kleinen Beihilfen an Strümpfen, Kriegsstiefeln usw., die der Armenkommissionsvorsteher verschreiben kann, sind kaum mitzuzählen, ebenso wird nur in besonderem Notfall für Kleidung gesorgt. Wenn mit vollendetem 14. Lebensjahr das Pflegegeld abgesetzt wird und die Mutter das Kind in die Lehre gibt, tritt noch eine ganz besondere Notlage ein. Hier wird das künftige Wohlfahrtsamt ganz besonders eingreifen müssen. Vor der Kriegszeit gab die Armendirektion auf besonderen Antrag Einsegnungskleidung, als die Verhältnisse das nicht mehr zuließen, eine Beihilfe von 55 M. für Knaben und 45 M. für Mädchen, jetzt sollen 100 M. für jedes Kind gegeben werden. Für die Stadt bedeutet das natürlich eine große Mehrausausgabe, sind doch im Frühjahr allein 1500 Beihilfen gewährt worden.

Natürlich werden alle diese, meist auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossenen Bewilligungen, den Armenetat, der auf 20½ Millionen veranschlagt war, erheblich höher schnellen lassen, aber diese notwendigen Ausgaben müssen eben von der Allgemeinheit aufgebracht werden. Das in Aussicht genommene Reichsversorgungsgesetz nimmt vielleicht der Stadt Berlin etwas von den Lasten ab.

Nun tritt mit Groß-Berlin wahrscheinlich auch das Wohlfahrtsamt, dem die Armendirektion eingegliedert wird, in Kraft. Mit den Vorarbeiten dafür ist man schon lange beschäftigt. Ein großes Tätigkeitsfeld wird sich da gerade für die Frauen bieten. Man hat einsehen gelernt, daß die Frau ganz besonders befähigt ist, auf sozialem Gebiet mitzuarbeiten. Selbst in den Armenkommissionen begrüßt man jetzt die Frau als treue Mithelferin, während man sie früher vielfach als unliebsamen Eindringling angesehen hatte.

An den sozialdemokratischen Frauen liegt es, sich maßgebenden Einfluß zu erringen, denn aller Voraussicht nach werden die Sitze in den Deputationen und Kommissionen prozentual auf die Fraktionen verteilt.

Darum, Parteigenossinnen, agitiert für die Partei, seid eingedenk, was für uns auf dem Spiele steht, nehmt eifrig am Wahlkampf teil und helft uns bei den Werken der Nächstenliebe.

Nur wenn die Sozialdemokratie als starke Partei in das „Rote Haus" in der Königstraße einzieht, wird ein sozialistischer Geist das neue Wohlfahrtsamt erfüllen. Das satte Bürgertum hat noch nie Verständnis für die hungernden und frierenden Opfer seiner Herrschaft gehabt, und die Unabhängigen begnügen sich damit, Phrasen zu dreschen. Sie wollen alles einreißen, das gesamte Volk auf das wirtschaftliche Niveau der bedauernswerten Menschen herabdrücken, die auf die Unterstützung der Allgemeinheit angewiesen sind. Erst dann, wenn alles verelendet ist, wollen sie an den Aufbau, an die Befreiung der Arbeiterklasse, die sie eben erst in so gewissenloser Weise an die Reaktionäre verraten haben, gehen. Wir danken für diese wahnwitzige Politik. Was wir gerettet haben aus dem großen Zusammenbruch, das soll uns Grundlage und Ausgangspunkt sein für den Wiederaufbau der Wirtschaft, für die Befreiung des Proletariats. Von hier aus wollen wir das schwere Werk vollenden:

Das ganze Volk aus der Not der Zeit befreien, es hinaufführen auf die sonnigen Höhen der Menschheit — zum Sozialismus!

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Vorwiegend heiter, tagsüber recht warm, nachts kühl, meist trocken, im Binnenlande vereinzelte leichte Gewitter, bei schwachen östlichen Winden.

Post-Abonnenten

Nach einer Bekanntmachung der Postbehörde sollen Zeitungsbestellungen für das 3. Vierteljahr 1920 in der Zeit vom 15. bis 20. Juni erledigt werden. Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts" im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Post-Abonnenten, das Abonnement bei dem zuständigen Postamt sofort zu bestellen

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Wirtschaft

Eisenbahnreklame. Die Verwaltung der preußisch-hessischen Staatseisenbahnen hat mit Rücksicht auf die deutsche Industrie begonnen, Werbeeinrichtungen für Strecken-, Bahnhofs- und rollende Zugpropaganda zu schaffen. Ausgehend von dem Erfordernis der Umstellung der heimischen Betriebe auf den kommenden Bedarf des Inlandes und des Weltmarktes will sie die bahneigenen Anlagen bereitstellen, um einerseits für die Industrie zu werben und der Welt ihre Leistungsfähigkeit vor Augen zu führen, andererseits auch im Volke das Vertrauen zur eigenen Kraft zu erwecken. Zum Vertreter der Staatsbahninteressen wurde A. Themal-Hannover ernannt. Mit der Wahrung des öffentlichen Interesses wurde der Deutsche Werkbund beauftragt, der im Verein mit der amtlichen Aushangverwaltung zu Hannover, Sedanstraße 31, die künstlerische Gestaltung der Embleme und Frontschilder sowie des Streckenbildes und die Anpassung an die Architektur in Gebäuden und Straßen zu überwachen hat.

Der Kartoffelbedarf der Gemeinden, die beliefert sein wollen, ist bis zum 19. Juni anzumelden. Dieser Termin muß eingehalten werden.

Der Verein Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken hielt in Dresden seine Hauptversammlung ab. Bei Besprechung der Geschäftslage kam zum Ausdruck, auch die deutsche Werkzeugmaschinenindustrie habe stark unter der Unruhe der Arbeiterschaft, den Streiks und den außerordentlich gestiegenen Rohstoffpreisen gelitten, konnte aber durch eine starke Ausfuhr zu angemessenen Preisen einen Ausgleich für die erhöhten Selbstkosten schaffen. Diese Ausfuhr war aber nur möglich durch den niederen Stand der deutschen Valuta. Den Höhepunkt habe sie wohl im April dieses Jahres erreicht. Durch die steigende Valuta haben inzwischen die Abschlüsse ganz erheblich nachgelassen und werden bei weiterem Ansteigen der deutschen Mark im Ausland wahrscheinlich ganz aufhören. Da nun mit der letzteren Möglichkeit gerechnet werden müsse und auch der Inlandsbedarf zurzeit gering ist, glaube man, daß die deutsche Werkzeugmaschinenindustrie einer schweren Zeit entgegengehe. Es müsse jedoch festgestellt werden, daß ein bedeutender Bedarf auf dem Weltmarkt vorliegt und früher oder später auch die deutsche Industrie sich auf die Deckung dieses Bedarfs wieder einstellen werde.

Für Nervenkranke, Blutarme, Nervösen u. Schwache!

Ueberraschender Erfolg mit Regipan.

Herr J. Liebel in Nürnberg schreibt: „Ich habe mit Regipan solch überraschenden Erfolg erzielt, daß ich bereits seit 14 Tagen den ganzen Tag Gartenarbeiten verrichten kann. Ich hatte mit dem Leben abgeschlossen. Es ist jetzt 3 Jahre her, daß ich an schwerer Neurasthenie infolge Ueberarbeitung und Bleivergiftung dem Tode nahe war. Mir war die Welt ein Ekel und ich sehnte oft das Ende herbei. Mein ganzes Geld habe ich in allen möglichen Stärkungsmitteln, an Magnetiseure und Radiumkuren verwendet, so daß meine Familie oft Not leiden mußte, aber umsonst. Ich werde nicht versäumen, wo ich kann, Regipan ähnlich Leidenden zu empfehlen." Aehnlich berichten viele Hunderte, welche Regipan bei Neurasthenie, Appetitlosigkeit, Unterernährung, Blutarmut, Nervenleiden, Melancholie und Schlaflosigkeit gebrauchen. Es arbeitet der Arterienverkalkung sowie den Alterserscheinungen entgegen und ist unentbehrlich für Wöchnerinnen, werdende und stillende Mütter sowie geistig und körperlich angestrengte Menschen. Es gibt nichts Besseres. Regipan ist ärztlich glänzend begutachtet und hat sich tausendfach bewährt. In allen Apotheken sowie in Drogerien erhältlich. Alleinige Fabrikanten: Kontor Pharmacia, München.

Gelegenheitskäufe

Unsortierte Modell- u. Einzelpaare früher zum Teil bis zu M. 550.00 sind ohne jede Rücksicht auf den Einkaufspreis zusammengefasst in:

3 Serien

zu den nebenstehenden Preisen, nur solange die Vorräte reichen

Die Serien enthalten schwarze, braune, graue, zweifarbige Chevreau-, Boxcalf- u. Lackleder-Damen-Halbschuhe zum Schnüren und mit Spangen in modernsten Ausführungen. Serie 1 enthält auch leichtbeschädigte Paare. Serie 2 u. 3 enthalten nur erstklassige Waren von hervorragender Qualität, dabei auch moderne Damen-Schnürstiefel, zum Teil mit hohen Schäften, auch mit Lackbesatz, in bester Ausführung. Kein Umtausch und Zusendung dieser Waren.

Mk 98,50

Mk 159,-

Mk 195,-

Leiser NAC

Sozialdem. Wahlverein Neukölln (S. P. D.).

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Genosse

Otto Gahren

Klempner,
Eckstraße, 34. Bez., IV. Abt.
verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. d. M., nachm. 2½ Uhr, auf dem Gemeindefriedhof, Mariendorfer Weg, statt.

Rege Beteiligung erwartet

Der Vorstand.

Nachruf.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser Genosse 239/17

Otto Friedrich

Buchbinder
99. Bez., X. Abt.

nach langem Leiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Der Vorstand.

Am Montag, 14. Juni, abends 6¾ Uhr, entschlief nach kurzem, aber schwerem Kampf mein innigstgeliebter Mann, unser herzensguter, treusorgender Vater und Schwiegervater, der

Klempner [104/10

Otto Gahren

im 47. Lebensjahre.

Im tiefsten Schmerz:
Die tieftrauernde Witwe Lina Gahren
und Kinder.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, 19. d. M., nachm. 2½ Uhr, von der Halle des Neukölln er Gemeindefriedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Armeepistolen 08
Parabellum
Mauser 9 Millimeter
kauft und zahlt höchste Preise
W. Nielke, Berlin SW, Kommandantenstr. 36

Alte Gebisse,
Zahn bis 10, 20—200, Platin Gramm 80 M., kauft Urban, Kottbuser Ufer 63. 62/6

Unerwartet schnell entriß uns am Dienstag, den 15. Juni, der unerbittliche Tod durch einen Herzschlag meinen heißgeliebten, unvergeßlichen Mann, unseren treusorgenden Vater, Bruder, Schwiegersohn, Schwiegervater, Schwager und Onkel, den Hotelier

Paul Kozower

im Alter von 52 Jahren aus seinem arbeitsreichen Leben.

Im Namen
der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Frau Marta Kozower, geb. Nawrocki,
Lucie und Hans als Kinder.

Von Beileidsbesuchen bitten wir höflichst abzusehen.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 19. Juni, nachm. 4 Uhr, von der Halle des St. Hedwig-Friedhofes, Liesenstr., statt.

Berlin, Turmstr. 7, Nordwest-Hotel.

Freiwillige Versteigerung.

Ich versteigere am **Sonnabend, den 19. d. Mts.,** vormittags 10 Uhr, im Schicklerspeicher, Holzmarktstr. 18,
ca. 16 000 Dosen Wurstkonserven
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung. **Siepmann,** Wallnertheaterstr. 34. 1446b*

Wohltätigkeits-Lotterie
f. d. Berliner Brockenhaus
Genehmigt für Brandenburg und Stadtkreis Berlin
Ziehung am 7. und 8. Juli
100 000 Lose, 4532 Gewinne und 1 Prämie i. W. Mk.

1 Haupt-Höchstgewinn gew. ev. i. W. Mk. **100000** **60000** **50000**
1 Prämie i. W. Mk. **10000**

Wohltätigkeits-Lose M. 3,60
Liste und Porto 30 Pfg. extra
— 10 Lose sortiert aus versch. Tanz. M. 36,— —
Lud. Müller & Co.
BERLIN W., Werderscher Markt 10.
In allen Lotteriegeschäften u. Lesewarenkaufest. zu haben.

!!! Geld !!!
für jede Menge. Höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III. Cafe Kaiser.

Altmetalle,
Quecksilber, Stahl, Zinn usw. höchstzahl. Metallschmelze, Brunnenstr. 17, Mod. u. Werth

Nicht b. bis
zahle volle Preise!
Kupfer 8,50
Messing 4,—
Rotguß 7,50
Metallhandlung
Lothringer Straße 23.
Sonnabend geschlossen.

Seit über ½ Jahrhundert
Rauch-Kaffee
Riesen-Auslese
Invalidenstraße 164
Eckhaus Brunnenstr. Nord 4136

Junge Eheleute
erhalten Prospekt über Mutterschutz unentgeltlich.
Frau Emma Fischer,
Berlin-Wilmersdorf 130,
Kaiserallee 168. 187/17*

Pianos, Flügel, Harmoniums, Kunstspielpianos, Spielapparate, für jedes Harmonium passend.
Piano-Magazin
A. Lehmann & Co.,
Inh.: Gantenberg,
Leipziger Str. 115/116.
Gr. Frankfurter Str. 106.

Das Christusproblem gelöst! Soeb. erschien: Vor 1900 Jahr! Wer war Jesus Christus?
In einer alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument gefund. worden, das ganz genau mitteilt, wer Jesus Christus war: ein Bundesbruder des Essäerbundes, einer Art Freimaurervereinigung. Es ist der Bericht des Aeltesten dieses Bundes in Jerusalem an den Aeltesten in Alexandrien. Ein christlicher Priester versuchte bei der Entdeckung das Dokument zu vernichten, da sich die ganzen mystischen Wundergeschichten auf einmal ganz natürlich erklären. Die Vernichtung gelang ihm aber nicht. Dieser Bericht ist von Ferd. Schmidt ins Deutsche übersetzt. Kein Denkender wird das Werk unbefriedigt aus der Hand legen.
Preis Mk. 6,50 und Mk. 1,10 fr. Nachnahme.
Gr. Bücherkatalog gratis. Albrecht Donath, Verlag, Leipzig 42

Preiswerte Lebensmittel

Spinat .... Pfund 35 Pf.	Jg. Zwiebeln m. Lauch Pfund 30 Pf.	Fr. Spargel 1. Sorte, Pfund 2²⁵	Gr. Vollheringe Stck 95 Pf.
Jg. Kohlrabi Pfund 60 Pf.	Grüne Gurken Stck. 2⁷⁵	Johannisbeeren Pfd. 2⁰⁰	Räucherheringe Stck. 1¹⁰
Jg. Schoten . Pfund 1²⁰	Jg. Mohrrüben m. Kr. Bund 85 Pf.	Blaubeeren ... Pfund 2⁹⁵	Kaffee gebrannt ... Pfund 23⁵⁰

1918er Montagna-Naturrotwein 1/1 Fl. 15⁰⁰ 10 Fl. 145⁰⁰ | 1918er Oberhaardter Maikammerer 1/1 Fl. 17⁵⁰ 10 Fl. 170⁰⁰ | Original-Vermouth di Torino Martinazzi & Co., Turin 1/1 Fl. 30⁰⁰ 5 Fl. 145⁰⁰

Preise ohne Flasche und Steuer. Steuerzuschlag 20 %

TIETZ
HERMANN

Deutscher Weinbrand-Kognak und Jamaika-Rum-Verschnitt (5 Flaschen 240.— ..... 1/1 Flasche **48⁷⁵**

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus. Rheingold. Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus. Minna von Barnhelm. Anfang 7 Uhr.

Deutsches Theater. 7½ Uhr: Taifun.

Kammerspiele. 7½ Uhr: Die Büchse der Pandora

Kleines Schauspielhaus. 7½ Uhr: Leibgardist. (Altr. Abel, Käte Dorsch.) Montag zum ersten Male: Moral der Frau Dulska. Gastspiel Werbezirk.

Theater des Westens. Max Pallenberg: 7½ Uhr: Goldene Ritterzeit.

Großes Schauspielhaus. 7: Lysistrata (21. Abt., 4. Abd.) Sbd.: Lysistrata (22. Abt., 4. Ab.)

Theater i. d. Königgrätzer Straße. Heute geschlossen. Morgen zum 1. Male: Geständnis mit Lucie Höflich, Ludwig Hartau, Theod. Becker, Frieda Richard, Elsa Wasa, Dora Schlüter, Ernst Behmer, Felix Ressert.

Komödienhaus. 8: D. Reise in die Mädchenwelt.

Berliner Theater. ½8 Uhr: Der letzte Walzer

Deutsches Opernhaus. 7 U.: Hoffmanns Erzählungen

Die Tribüne. 8 Uhr: Bunbury.

Friedr.-Wilhelmst. Th. 7½ Uhr: Evchen Humbrecht.

Kleines Theater. 7½ Uhr: Das Morgenblatt

Komische Oper. Heute geschlossen. Morgen 7.15 U., zum 1. Male: Die Frau im Dunkeln.

Lustspielhaus. 7½ Uhr: Der ungetreue Ekkehart

Metropol-Theater. 7½ U.: Im weißen Röss'l

Neues Central-Theater. 7½ U.: Ein seltsamer Fall

Neues Operettenhaus. 7½ Uhr: Prinzessin Friedl.

Neues Volkstheater. 7½ Uhr: Die 3 Zwillinge

Schauburg. Königgrätzer Str. 121. 7 Uhr: Otto Härting in Eine nette Bekanntschaft.

Schiller-Theat. Charl. 7½ Uhr: Der Vielgeprüfte.

Thalia-Theater. 7½ Uhr: Amor auf Reisen

Th. am Nollendorfplatz. 7½ U.: Eine Nacht im Paradies.

Theater i. d. Alt. Jakobstr. 7½ U.: Die verschwund. Pauline.

Wallner-Theater. 7.15: Lustige Weiber v. Windsor

Walhalla-Theater. 7½ Uhr: Kasernenluft.

Residenz-Theater. Stadtbahn Jannowitzbrücke. Täglich ½8 Uhr: Paul Wegener u. Olga Limburg in Die Raschhoffs. Sonntag 4 Uhr, kleine Preise Johannisfeuer.

Neue Welt. Arnold Scholz. Hasenheide 108—114. Täglich Konzert und Vorstellung. Dienstags, Mittwochs, Donnerstags u. Sonntags: Großer Ball. Die Kaffeeküche ist täglich geöffnet. Anfang wochentags 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. 7½ Uhr: Der Richter von Zalamea.

Lessing-Theater. Sommerspielzeit. Allabendlich 7½ Uhr: Leopoldine Konstantin in D. Glas d. Jungfrau

Deutsches Künstler-Theater. Allabendlich 7½ Uhr: Die bessere Hälfte mit Max Adalbert.

Trianon-Theater. Bahnhof Friedrichstraße. Täglich 8 Uhr: Ida Wüst u. Bruno Kastner in: Der gute Ruf. Sonntag 4 Uhr, kleine Preise: Der Störenfried.

Rose-Theater. 7½ Uhr: Schwarzwaldmädel

Friedr.-Wilhelmst. Theater. 7½ Uhr: Evchen Humbrecht. Der große Erfolg.

Apollo. 7½ Theater 7½. Direkt. James Klein. Letzte Tage! Natura-Ballett. italienisch-phantastisch. Varieté-Gastspiel Franz Groß v. Theat. d. Westens. 8 weit. Sensationen

Theater a. Kottbus. Tor. Tel.: Moritzplatz 14814. Jeden Abend 7½ Uhr: Elite-Sänger. Horst, Russill, R. Schrader, Riess, Schubert usw. Büthgen-Konzert. Vorvk. 11-1½, 4-6 U.

Theater Folies Caprice. Friedrich-, Ecke Linienstr. 7½ Uhr: Flimmer-Klärchen. Musikalischer Schwank.

METROPOL KABARETT. Behrenstr. 53-54. Allabendlich 7 Uhr: 2 Lorleys, Dr. Benno Wünsch, Ciselatus, Rosel Dehny, Martin Loewe, Annie Trautner, 2 Kajanows, Mimi Brix Gust. Werner in Coco u. Coca, Reeves u. Reeves. Am Flügel: E. Hentschel. Kapelle Mundi Neumann.

Admirals-Palast. 7½ U.: Flirt in St. Moritz.

Sommer-Theater „Groß-Berlin" vorm. Kliem, Hasenheide. Tgl. 8: Försterchristel. Vorh. 5½: Erstkl. Spezialitäten. Kasse vorm. 10-1 u. ab 3 U.

Staatliches Schauspielhaus
Operetten-Gastspiel
Leitung: Gustaf Bergman
Vom 1. Juli bis 15. August
Die
Strohwitwe
Operette in 3 Akten von August Neidhardt
Musik von Leo Blech
Hauptdarsteller:
Vera Schwarz :: Franz Groß
Erik Wirl

LUNA PARK HALENSEE. Einlaß ab 11 Uhr. Attraktionen ab 3 Uhr. Konzert ab 4 Uhr. Heute Freitag Gr. Doppel-Konzert. 37 Attraktionen. Morgen: Sonnabend Feuerwerk Doppel-Konzert

Winter-Garten. Täglich 7.15 Uhr: Varieté-Spielplan. Rauchen gestattet!

Reichshall.-Theater. Täglich 7½ Uhr: Stett. Sänger. Varieté Dönhoff-Brettl. Garten u. Saal. Anf. 5½, Sonnt. 4

B T L. Potsdamer Str. 38. Turmstr. 12. Der Besessene. Schausp. n. d. Novelle: Das Fräulein von Scuderi. Alexanderplatz-Pass. Friedenau, Rheinstr. 14. Dagny Servaes, Theodor Loos im Drama: Die Nacht der Prüfung

Metalle, Metallabfälle, Metall-Rückstände, Chemikalien. Th. Flörsheim & Cie. Berlin W. 57, Potsdamer Straße 74. Telegramm-Adresse: Teflorin. Telephon: Nollendorf 944, 945, 946

Die Deutsche Fahrrad-Versicherungs-Akt.-Gesellsch. in Altona (Elbe) Bureau: Marktstr. Nr. 48 übernimmt Versicherungen von Fahrrädern gegen Diebstahl. Man verlange nähere Auskunft. 181/16 Vertreter überall gesucht.

Ein neuer Beruf

ist heute die Sorge von Tausenden, die durch diesen entsetzlichen Krieg ihrer bisherigen Tätigkeit, ihres Lebensberufes beraubt sind. Alles, die umlernen müssen, empfehlen wir daher, ungesäumt ihre Vorbereitung zu treffen, die Allgemeinbildung zu heben, Examen oder Prüfungen nachzuholen, fehlende kaufmännische oder banktechnische Kenntnisse zu ergänzen, eine landwirtschaftl. Fachbildung zu erwerben oder technisches und fachwissenschaftl. Können zu vervollkommnen. Verlangen Sie daher noch heute unsere 32 S. starke Broschüre K 84 über die Selbstunterrichtsmethode Rustin oder für technische und fachwissenschaftliche Bildung die 80 S. starke Broschüre K 98 über das System Karnack-Hachfeld kostenlos und portofrei. Stand und Beruf bitten wir anzugeben.
Bonneß & Hachfeld, Verlagsbuchhandlung, Potsdam.

Oeffentliche Kundgebung

gegen die Vergewaltigung der Abstimmungsgebiete
Sonntag, 20. Juni, 11 Uhr vormittags, im
Zirkus Busch
Kurze Ansprachen werden halten Vertreter aus Eupen, Malmedy, Oberschlesien, Ost- und Westpreußen, Schleswig-Holstein.
Eintrittskarten kostenlos am Eingang des Zirkus Busch und bei der
Vermittlungsstelle Vaterländischer Verbände
Berlin W 63, Kleiststr. 32.
Fernruf: Nollendorf 3790. 88/2

Dresdner Bank.

Siebenundvierzigste ordentliche Generalversammlung.

Gemäß § 25 der Statuten werden die Aktionäre zur siebenundvierzigsten ordentlichen Generalversammlung, welche

Dienstag, den 6. Juli 1920,
mittags 12½ Uhr,

im Bankgebäude: Dresden, König-Johann-Straße 3, stattfinden wird, eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlage des Jahresberichtes mit Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und den Bemerkungen des Aufsichtsrats hierzu.
2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Jahresbilanz und die Gewinnverteilung.
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
4. Wahlen in den Aufsichtsrat gemäß § 18 der Statuten.

Zur Ausübung des Stimmrechtes in der Generalversammlung sind nach § 27 der Statuten diejenigen Aktionäre berechtigt, welche ihre Aktien oder eine Bescheinigung über bei einem deutschen Notar bis nach Abhaltung der Generalversammlung hinterlegte Aktien spätestens am 5. Tage vor dem Tage der Generalversammlung, den Tag der Generalversammlung nicht mitgerechnet, bei einer der nachbezeichneten Stellen:

bei der Dresdner Bank in Dresden und Berlin, sowie ihren übrigen Niederlassungen,
bei der Allgemeinen deutschen Credit-Anstalt in Leipzig,
bei der Württembergischen Vereinsbank in Stuttgart,
bei der Deutschen Vereinsbank } in Frank-
bei dem Bankhause L. & E. Wertheimber } furt a. M.,
bei dem Bankhause F. A. Neubauer in Magdeburg,
bei dem Bankhause A. Levy } in Cöln,
bei dem Bankhause Siegfried Simon }
bei der Dürener Bank in Düren,
bei dem Bankhause Simon Hirschland in Essen,
bei der Eschweiler Bank in Eschweiler,
bei dem Bankhause Meyer & Gelhorn in Danzig,

gegen eine Empfangsbescheinigung hinterlegen und bis nach der Generalversammlung daselbst belassen.

Stimmberechtigt sind auch diejenigen Aktionäre, die eine Bescheinigung der Bank des Berliner Kassen-Vereins vorlegen, wonach ihre Aktien spätestens am 5. Tage vor dem Tage der Generalversammlung, den Tag der letzteren nicht mitgerechnet, bei der Bank des Berliner Kassen-Vereins bis nach Abhaltung der Generalversammlung hinterlegt sind.

Dresden, den 12. Juni 1920.

Direktion der Dresdner Bank.
E. Gutmann. Nathan.

Giftfreie naturgemäße Behandlung

von Haut-, Harn- und Unterleibsleiden, ohne Berufsstörung. Aufklärende, belehrende Broschüre für 1 Mk. portofrei in verschlossenem Umschlag ohne Aufdruck durch
Spezialarzt Dr. med. Dammann,
Berlin 11, Potsdamer Straße 123 B.
Sprechzeit: 9—11, 2—4, Sonntags 10—11.

Preise

zahlen wir Ihnen für
Altpapier, Altmetall, Alteisen u. Flaschen,
daß Sie stets nur noch zu uns kommen.
F. & W. Seydlitz
Metall- und Papierverwertung
Klein-Einkauf: Berlin S. 59, Hermannplatz 4. Amt Mpl. 7291.
Händler-Einkauf: Berlin SO. 33, Cuvrystr. 38. Amt Mpl. 792.

Keine Wanze mehr.

Kammerjäger Bergs Radikalmittel „NICODAAL". Erfolg verblüffend. — Restlose Vertilgung. Beste Zeit zur Brutvernichtung. Kinderleicht anzuwenden, altbewährt. Doppelpack M. 5.— Verkauf: Alle Warenhäuser A. Wertheim. Bitte ausdrücklich nur „NICODAAL" zu verlangen.

Orts-Krankenkasse der Gürtler

zu Berlin, Oranienstr. 128

Zu der am Freitag, 25. Juni, nachm. 4½ Uhr, im Restaurant Seege, Kommandantenstraße 54, stattfindenden

Außerordentlichen Ausschußsitzung

werden die Herren Vertreter der Arbeitgeber und der Kassenmitglieder im Ausschuß hiermit ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung über die genannte Abänderung der Satzung (§ 59 und 72).
2. Verschiedenes.

Anträgen und Beschwerden, zu denen die Einsicht der Geschäftsbücher erforderlich ist, sind dem Vorsitzenden des Vorstandes bis zum 22. d. Mts. schriftlich zu unterbreiten.

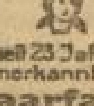
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Eine Vertretung ist unzulässig. 146/11

Berlin, 18. Juni 1920.

Der Vorstand.
M. Rösener, Vorsitzender.

Die den Herren Vertretern zugehende Einladungskarte dient als Ausweis und ist am Saaleingang abzugeben.



Aureol Haarfarbe. seit 23 Jahren anerkannt beste Haarfarbe. färbt echt u. natürlich blond, braun, schwarz a. M. 3.- Probeflasche. J. F. Schwarzlose Söhne, Berlin, Markgrafenstr. 26. Überall erhältlich.

Kreissäge, div. Holzbearbeitungsmaschinen abzugeben 1487b Reinickendorf, Thaterstr. (Eishalle).

Stellenangebote

Tischler- sowie Poliermeister in dauernde, angenehme Stellung für sofort gesucht. 712 D Möbelfabrik Martin Neustadt, Starogard, Pommerellen.

Wichtig ist jetzt

für jedermann die Kenntnis des Einkommensteuergesetzes der gemeinverständliche

Führer durch das Reichs-Einkommensteuer-Gesetz

von RUDOLF WISSELL gibt über alle Bestimmungen des Gesetzes, wie z. B. über: *Lohnabzug und Steuerkarte, steuerpflichtiges und steuerfreies Einkommen, Abzüge usw.*, unter Anwendung praktischer Beispiele und Tabellen zuverlässige Auskunft und gewährleistet **die richtige Veranlagung** zur Einkommensteuer. Preis Mk. 2,50 + 20% Teuerungszuschlag. Buchhandlung Vorwärts Berlin SW 68, Lindenstr. 2

Kupfer .	8,—
Messing .	4,—
Blei . .	2,—
Zink . .	1,20

Schulzendorfer Straße 2.

Spezialarzt Dr. med. Grütering. Haut-, Harn-, Unterleibsleid. b. Männ. u. Frauen, Blutunters. Invalidenstraße 38, Ecke Chausseestr., Stett. Bhf. Spr. 11-1 u. 4½-6½, Sonnt. 12-1

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht, kauft höchstzahlend Ingenieurbureau Schlichting Berlin W 9, Linkstraße 10. Tel.: Lützow 3765 und 4518.

Buchdruckerei-Arbeiterin! Wir suchen für unsere Verlagsabteilung ein Mädchen, das längere Zeit in einer Buchdruckerei beschäftigt war und mit der Bostonpresse umzugehen versteht. [712 D] Heintze & Blanckertz, Berlin, Georgenkirchstr. 44.

Tüchtige
Verkäufer
für die Abteilung
Leinen- u. Baumwollwaren
sofort gesucht.
Meldungen: 12—2 Uhr mittags, 5—6 Uhr abends.
A. Jandorf & Co.,
Belle-Alliance-Str. 1/2.

Maschinenmeister

für Zigarettenfabrik in Danzig

in dauernde Stellung gesucht. Es wird nur auf eine erste Kraft reflektiert, die in sämtlichen Systemen der Strang-Maschinen, Hülsen-Maschinen, Rollsystem und Universelle Stopfmaschinen firm ist. Ausführliche Angebote mit Gehaltsansprüchen an die Hauptexpedition des „Vorwärts" unter R 84 erbeten. 710

Die sabotierte Verfassung.

Gegenüber der Behauptung der „Freiheit", daß die früheren preußischen Minister Hirsch und Heine es gewesen wären, die die Verfassung sabotierten, weil sie sie erst ein Jahr nach dem Zusammentritt der Verfassunggebenden Landesversammlung ihr vorgelegt haben, erfährt die „Dena" an zuständiger Stelle, daß ein fertiggestellter Entwurf zur preußischen Verfassung bereits im Januar 1919 im Ministerium des Innern vorlag, der dann vom Minister Heine einer weiteren Bearbeitung unterzogen wurde. Auf einen Wunsch des Zentralrats aber und in Uebereinstimmung mit der Landesversammlung wurde dann vom Staatsministerium beschlossen, die Beratung dieser Verfassungsvorlage auszusetzen und zunächst die Fertigstellung der Reichsverfassung abzuwarten, um so mehr, als Reichsminister Preuß erklärt hatte, daß die Reichsverfassung bis Ostern 1919 fertig sein würde. Die Beratung dauerte aber in Weimar länger, so daß inzwischen das Preußenparlament in die Sommerferien ging.

Unmittelbar nach dem Wiederzusammentritt der Landesversammlung legte dann Minister Heine zunächst dem Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion seinen Entwurf vor und begann dann die Besprechungen mit den übrigen Mehrheitsparteien. Denn er vertrat den Standpunkt, daß in einer Koalition über ein so grundlegendes Gesetz, wie die Verfassung, erst völlige Uebereinstimmung erzielt werden müsse, ehe man den Entwurf an das Parlament bringe. Diese Verhandlungen haben sich aber wider Erwarten in die Länge gezogen, da zwischen Demokraten und Zentrum einerseits und Sozialdemokraten andererseits Differenzen bestanden, im wesentlichen über die Einbeziehung eines die allzuleichtfertige Ausgabenbewilligung dämpfenden Elements und die schließlich zur Konstruktion des Finanzrats führten. Obgleich darüber volle Einigung nicht erzielt wurde, legte die Regierung die Verfassung in dieser Form dem Landtag vor, ihre Beratung wurde aber durch den Kapp-Putsch unterbrochen.

Wenn jetzt die Beratung und Beschlußfassung wirklich verhindert werden sollte, so wird man die parlamentarischen Saboteure bald herausfinden können.

Haftkommandos!

Die „Freiheit" veröffentlicht ein Ersuchen des Haftkommandos der Reichswehrbrigade Plauen an die Polizei um Angabe der Wohnungen und Personalien mehrerer Linkssozialisten, von denen zwei inzwischen Reichstagsabgeordnete geworden sind.

Diese Ersuchen sind vom 6. Juni datiert. Wenn sie nicht auch Anspach-Dokumente darstellen, so sind sie jedenfalls Geist vom Geiste des Kappministers Jagow.

Militär ist Trumpf.

Im Ausschuß der französischen Kammer erhob Kriegsminister Lefèvre die schwersten Beschuldigungen gegen Deutschland, das bei der Abrüstung immerzu bösen Willen zeige und wo die französischen Kontrolloffiziere froh sein müßten, wenn sie ihre Mission ohne Blutvergießen erfüllen könnten. Lloyd George und Churchill haben letzthin im Unterhause den guten Willen Deutschlands anerkannt — aber Frankreich handelt es sich einmal darum, die deutsche Heeresverminderung auf 100 000 Mann bis zum 10. Juli vollzogen zu sehen, mag es auch dabei zu den schlimmsten Unruhen kommen. Uebrigens lehnte Lefèvre auch eine Dienstzeitverkürzung unter zwei Jahre ab. Um diese Folge des französischen Imperialismus, der im Orient 70 000 Mann herumjagt, dem Volke als Notwendigkeit einzureden, glaubt man den Popanz der deutschen Gefahr gut brauchen zu können.

Im besetzten Gebiet wird weiter kujoniert. Der Mieterbundvorsitzende Abigt in Wiesbaden wurde wegen eines Briefes an den preußischen Ministerpräsidenten, der aus den Akten des Regierungspräsidenten gestohlen worden ist, verhaftet. — Das Erscheinen der „Wiesbadener Neuesten Nachrichten" wurde wegen Stellungnahme gegen die Ausschreitungen der schwarzen Truppen bis zum 20. Juni verboten.

Der Genfer Frauenkongreß.

Die wichtigsten Resultate der am 12. Juni beendeten Kongreßarbeit sind etwa die folgenden: Das Fortbestehen des Internationalen Stimmrechtsverbands ist gesichert. — Mrs. Chapmann Catt wird das Präsidium noch während zwei Jahren, bis zur Abhaltung des nächsten Kongresses, beibehalten. — Die nötigen Mittel zur Aufnahme einer regen Propaganda in den noch frauenstimmrechtslosen Ländern sind gesichert. — Das Arbeitsprogramm sieht eine Reihe neuer Propagandamethoden vor, bessere Vorbereitung der Frauen auf ihre künftige staatsbürgerliche Tätigkeit durch entsprechende akademische Schulung, Verbreitung einer reichen feministischen Literatur, Unterstützung der feministischen Publizistik, Abhaltung von feministischen Ferienkursen und so weiter. — Der Verband hat sich bestrebt, eine Verbindung mit den Organen des Völkerbundes anzubahnen. — Die Schaffung eines ständigen Sekretariats (permanenten Frauenbureaus) ist mit kleiner Mehrheit abgelehnt. Dagegen wurde die Schaffung von alljährlich zusammentretenden Frauenkonferenzen beschlossen, die vom Völkerbund einzuberufen sind, sich am Ort des künftigen Völkerbundsitzes zusammenzufinden haben und deren Kosten vom Völkerbund getragen werden sollen. — In einer besonderen Resolution wurde Stellung genommen gegen jede Art der Reglementierung und Duldung der Prostitution.

Der Ungarnboykott.

Wien, 17. Juni. (WTB) Der Schnell- und Personenzugverkehr von und nach Ungarn bleibt vorläufig aufrechterhalten. Die Staatsangestelltenorganisation des Post- und Telegraphenwesens hat beschlossen, am 19. Juni, mitternachts, den Brief-, Paket-, Telegramm- und Funkentelegrammverkehr von und nach Ungarn vollständig zu unterbinden. Ausgenommen sind Meldungen für die Ententemissionen.

Im ungarischen Parlament wurden die Angaben des Boykottaufrufs bestritten. Der Ministerpräsident sagte, heute betrage die Anzahl der Internierten in dem gegenwärtig einzigen Internierungslager von Zala Egerszeg 2411. Die Anzahl der Todesurteile betrage nicht einmal 50. Der ganze Boykott sei bolschewistisch.

Nach Ungarn entsendet auch die internationale Arbeitskonferenz in Genua eine Untersuchungskommission. Dem W. v. Heimburg in der „Deutschen Zeitung" bleibt es vorbehalten, von sittlicher Wiedergeburt dieses Mörderparadieses zu reden.

Rußland verzichtet. Litwinoff erklärte, daß die Nachricht, Rußland beabsichtige, auf dem früher mit ihm abgeschlossenen Vertrage, namentlich dem Londoner Vertrag von 1915, wodurch Rußland Konstantinopel zugesichert wurde, zu bestehen, jeder Begründung entbehre.

Gompers gegen Sowjetrußland. Der amerikanische Arbeiterbund (Gompers) hat jegliche Parteinahme für Sowjetrußland und sogar die Entschließung, die die Aufhebung der Blockade gegen Rußland verlangte, abgelehnt.

Gefaßte belgische Schieber. In Türnich wurden einer Schiebergesellschaft aus Belgien 64 Mille unbanderolierte Zigaretten abgenommen, die mit einem Fuhrwerk nach Köln geschafft und von dort weiter verschoben werden sollten.

Die Reichsschulkonferenz.

Ein Verzweiflungsakt der Reaktion.

Bei dicht besetztem Hause und überfüllten Tribünen beginnt um 2½ Uhr die „Sensationssitzung" der Reichsschulkonferenz. Wer wirklich Verständnis hat für die inneren Werte, um die auf dieser Konferenz gerungen wird, wird es aufs tiefste bedauern, daß die Reaktion eine solche Sensation überhaupt heraufbeschworen hat. Die Linke hat es jedenfalls an dem ehrlichen Willen, zu einer klaren Entscheidung zu kommen, nicht fehlen lassen, die Reaktion aber glaubte, nicht mehr auf die Macht ihrer Gründe vertrauen zu dürfen und hielt es daher für geraten, der Entscheidung auszuweichen. Sie hat damit ihre Niederlage offen eingestanden, und an uns wird es nun sein, die Konsequenzen daraus zu ziehen.

Die Beratungen der Geschäftsordnungskommission und der einzelnen Fraktionen dehnten sich, wie zu erwarten war, weit über die in Aussicht genommene Zeit aus, so daß die auf 1 Uhr angesetzte Sitzung erst mit eineinhalbstündiger Verspätung vom Unterstaatssekretär Schulz eröffnet werden konnte. Er teilte zunächst mit, daß die Vertreter der freien sozialistischen Jugend auf die weitere Teilnahme an den Sitzungen verzichtet hätten, da sie ihre Ansichten nicht hinreichend hätten zu Wort bringen können, und gab einen Protest der Vereinigung ehemaliger Realschüler wegen ihrer Nichteinberufung bekannt sowie einen weiteren Protest mehrerer Mitglieder der Konferenz gegen die Art der Fraktionsbildung, die nicht nach politischen, sondern nach sachlich-pädagogischen Gesichtspunkten hätte hergestellt werden müssen, und fuhr dann etwa fort: Die eingesetzte Kommission hat die Gesamtlage nach der geschäftsordnungsmäßigen Seite hin besprochen und die Schwierigkeiten gewürdigt, die in erster Linie geschäftsordnungsmäßiger, dann auch sachlicher Natur sind. Es ist eine Lösung versucht worden, um einen allseitig befriedigenden Ausgang der Reichsschulkonferenz zu ermöglichen. Einmütigkeit herrschte darüber, daß sämtliche Gegenstände, die nicht vor dem Plenum beraten sind, auch nicht im Plenum zur Abstimmung gestellt werden sollen. Von den übrigen Gegenständen scheidet die Frage des Arbeitsunterrichtes aus, da hier der Ausschuß zu einhelligen Ergebnissen gekommen ist. Ueber die Behandlung der beiden letzten Fragen,

Schulaufbau und Lehrerbildung,

konnte im Fünfzehnerausschuß keine Einigung erzielt werden. Es wird vorgeschlagen, diese beiden Punkte an die Ausschüsse zurückzuverweisen zur Prüfung, ob über diese Fragen das Plenum abstimmen soll. Wenn ja, so sollen konkrete Fragen formuliert werden. Es ist auch angeregt worden, über die Zurückverweisung eine Abstimmung des Plenums herbeizuführen. Zu den Berichten aus den einzelnen Ausschüssen soll die mündliche Abgabe formulierter Erklärungen statthaft sein nach vorheriger Anmeldung auf Grund der vorliegenden Leitsätze. Alle Beschlüsse des Plenums und der Ausschüsse tragen rein gutachtlichen Charakter, es findet keinerlei Bindung durch sie statt, sie sollen das Material für die weitere Behandlung dieser Fragen in der Reichsschulgesetzgebung ergeben. In jedem Falle ist schon jetzt durch die Beratungen viel gewonnen für die weitere Entwicklung unseres Schulwesens.

Oesterreich macht darauf aufmerksam, daß der Fünfzehnerausschuß beschlossen habe, das Plenum solle entscheiden, ob es überhaupt Abstimmungen wünsche, und zweitens, ob die Zurückverweisung der beiden strittigen Fragen an die Ausschüsse stattfinden solle. Die Ausschüsse hätten unmöglich das Recht, darüber zu beschließen, ob Abstimmungen stattfinden sollten.

Unterstaatssekretär Schulz erklärt sich bereit, der Anregung zu folgen und fragt an, welche Mitglieder eine Abstimmung über die grundlegenden Punkte wünschen. Es erhebt sich fast geschlossen die gesamte Linke, bei der Gegenprobe die gesamte Rechte des Hauses. Es bestätigt sich also unter großer Bewegung des Hauses und der Tribünen die Vermutung, daß die Anregung, auf Abstimmungen zu verzichten, einen schlecht bemäntelten Vorstoß der Reaktion darstellte. Das Bureau bleibt über das Abstimmungsergebnis zweifelhaft, im Hammelsprung ergeben sich für die Forderung der Abstimmung 203, dagegen 256 Stimmen. Die Reaktion hat also eine Abstimmung auf der Reichsschulkonferenz überhaupt verhindert, weil sie ihrer Gefolgschaft auf Grund der Erfahrungen während der Konferenz selbst nicht mehr sicher zu sein glaubte. Es ist zu beachten, daß unter den 256 Stimmen auch einige Vertreter der Linken waren, die aus rein sachlichen Erwägungen heraus die Kompetenz dieser Konferenz anzweifelten. Nach Verkündigung des Ergebnisses bittet Herr Röhl im Auftrage von fünfzehn Vereinen, darunter der Deutsche Lehrerverein, Lehrerinnenverein, Seminarlehrerverband, Junglehrerverband usw. um das Wort zu folgender

Erklärung:

Wir erheben Einspruch dagegen, daß über die Ergebnisse der Beratungen eine Abstimmung nicht stattfinden soll. Wir sind der Meinung, daß die Verhandlungen in der Vollversammlung und die Ausschußbeschlüsse eine geeignete Grundlage abgegeben hätten. Weite Kreise des deutschen Volkes erwarten von den Ergebnissen der Reichsschulkonferenz die lange gesuchte Darlegung, wie die Erzieher und Fachleute unseres Volkes über die Fragen denken, die nun so lange unser Volk bewegen. Ohne eine Abstimmung ist der Erfolg der Reichsschulkonferenz verloren. Das bedauern wir und lehnen jede Mitverantwortung dafür ab. (Stürmischer Beifall links und auf den Tribünen.)

Oesterreich teilt mit, daß die sozialistischen Vertreter zu Beginn der nächsten Sitzung eine entsprechende Erklärung abgeben würden, deren Formulierung bereits beschlossen sei. Er bittet um die namentliche Feststellung des Abstimmungsergebnisses, damit klargelegt werde, wer auf dieser Konferenz

in die Zukunft marschieren wolle

und wer zurückwolle in die Vergangenheit.

Professor Brandi erhebt Einspruch gegen die Vermutung, als ob mit dieser Abstimmung eine sachliche Stellungnahme seiner Freunde erfolgt sei. (Beifall rechts, lebhafter Widerspruch und Lachen links.)

Dr. Löwenstein schlägt vor, die Konferenz zu vertagen. Im Zeitalter der Buchdruckerkunst sei es ein nutzloser Verlust an Zeit und Kraft, sechshundert Teilnehmer nur zur Entgegennahme von Berichten und zur Abgabe formulierter Erklärungen zusammenzuhalten. Unterstaatssekretär Schulz: Der Antragsteller überschätzt den Wert der Buchdruckerkunst und unterschätzt den Wert mündlicher Aussprachen. Der Antrag wird abgelehnt.

Als erster Berichterstatter nimmt nunmehr Professor Radbruch das Wort für den Ausschuß für Staatsbürgerkunde. Ueber die vorgelegten Leitsätze sei man sich im wesentlichen einig gewesen. Wie das Moralische, so verstehe sich auch das Vaterländische für jeden deutschen Schulmann von selbst. Aus den Leitsätzen heben wir hervor:

Durchdringung des gesamten Lehrstoffes und Schullebens aller Schulgattungen mit dem Geiste staatsbürgerlicher Gesinnung ist Grundvoraussetzung für jeden Unterrichtserfolg in der Staatsbürgerkunde.

In der Abschlußklasse der Volksschulen und in den entsprechenden Klassen der Mittel- und höheren Schulen ist Staatsbürgerkunde als gesondertes Unterrichtsfach mit in der Regel zwei Wochenstunden, in den Fortbildungs- und Berufsschulen in entsprechender Stundenzahl einzusetzen.

Lehrstoffe sind nach Maßgabe der verschiedenen Schulgattungen die Grundtatsachen und Grundgedanken der Verfassung, der Wirtschaft, der Verwaltung im steten Hinblick auf Rechte und Pflichten des Staatsbürgers. Das Ausland ist vergleichend heranzuziehen, die überstaatliche Rechtsordnung ist zu berücksichtigen.

Von allen Kandidaten des Lehramts, und zwar für alle Schulgattungen, ist in der Lehramtsprüfung der Nachweis staatsbürgerlicher Allgemeinbildung zu fordern.

Ergänzende Erklärungen geben ab Dr. Ausländer für eine Gruppe sozialistischer Lehrer und ein Vertreter der deutschnationalen Lehrer.

Der Ausschuß für **Kunsterziehung** hat u. a. folgende Leitsätze beschlossen:

Die Schule hat die Aufgabe, künstlerische Gestaltungskraft und die Empfänglichkeit für Kunst zu entwickeln. Diese Aufgabe kann am besten auf dem Boden der Gemeinschafts- und Arbeitsschule erfüllt werden.

Jedem Lehrer soll in seiner Ausbildung die Möglichkeit gegeben werden, künstlerische Anlagen nach Begabung und Neigung zu entwickeln, hierzu ist nötig, daß den noch bestehenden Lehrerbildungsanstalten und sämtlichen höheren Schulen künstlerische Persönlichkeiten mit pädagogischer Begabung zur Verfügung gestellt werden;

daß in der künftigen Berufsbildung des Lehrers Einrichtungen für technisch-künstlerische Ausbildung geschaffen werden; das gilt besonders für die Lehrer des Deutschen.

Der lehrplanmäßige Unterricht in den besonderen Kunstfächern ist vom 3. Schuljahr an an allen Schulen und durch alle Klassen durchzuführen. Die Schüler sollen auf allen Stufen mit Werken der Kunst in lebendige Fühlung gebracht werden. Lehrplanmäßiger Unterricht ist dafür nicht vorgesehen.

Die Einführung geschieht am besten in freier Arbeitsgemeinschaft als von innen gewachsene, stetige Kunstpflege der Schulgemeinde.

Besondere künstlerische Begabungen unter den Schülern haben, ebenso wie wissenschaftliche, auf der Oberstufe aller Schulgattungen das Recht, daß ihre Sonderveranlagung berücksichtigt wird. Die ihnen naheliegenden Fächer sind durch Gabelung an der Stundenzahl zu erweitern, die fernstliegenden zu vermindern, die Sonderleistungen bei der Gesamtbewertung voll anzurechnen.

Den Leitsätzen des Ausschusses für **Schule und Heimat** entnehmen wir:

Die Heimatschultechnik (Unterricht im Freien, Schulgarten und Gartenschulunterricht, Wanderunterricht, Besichtigungen usw.) ist in Stadt und Land entsprechend den besonderen Verhältnissen und Bedürfnissen mit allen Mitteln auszubauen. Heimatbuch und Heimatkarte müssen in die Hand jedes Schulkindes gelangen. Die Beschaffung von Heimatbildern in jeder Form (Schmuck- und Anschauungsbild, Modell, Lichtbild, Film u. dgl.) soll nach Kräften gefördert werden. Die künftigen Lehr- und Lernbücher sind heimatlich zu gestalten.

Der Ausschuß für Leibesübungen trug durch seinen Vertreter Oberbürgermeister Dominicus folgende Forderungen vor:

Letztes Ziel der körperlichen Erziehung muß sein, den regelmäßigen Betrieb von Leibesübungen für beide Geschlechter auch über das schulpflichtige Alter hinaus zu einer lieben Gewohnheit und selbstverständlichen Volkssitte werden zu lassen.

Die Leibesübungen haben grundsätzlich die Bedeutung eines Hauptfaches und sind in den Zeugnissen als solches zu werten.

Die tägliche Turnstunde ist das Ziel, dem zuzustreben ist.

Lydia Stöcker trat in einer Zusatzerklärung für wirkliche Körpergestaltung an Stelle des militärischen Drills ein. Ein Vertreter des Wandervogels sprach sich für Freiwilligkeit der Leibesübungen aus.

Der Ausschuß für **Auslandsschulen** forderte eine stärkere finanzielle, moralische und sachliche Unterstützung des Auslandsschulwesens und die politische Förderung durch Behörden und Volksvertretungen. Schult-Hamburg betonte, daß das „Deutsch-völkisch" in den Leitsätzen nicht etwa in parteipolitischem Sinne gemeint sein dürfe, und verlangte stärkere Berücksichtigung der Elementarschulen.

Der Berichterstatter des Ausschusses für

Schulleitung und Schulverwaltung

berichtete, daß im Ausschuß die Forderung der kollegialen Schulleitung mit 16 zu 13 Stimmen angenommen worden ist. (Hört! hört! links.) Gleichfalls angenommen ist die Verantwortlichkeit des Leiters dem Lehrkörper gegenüber und seine ehrenamtliche Bestellung.

Der Schulleiter wird von den Schulunterhaltungspflichtigen auf Grund eines Wahlvorschlages des betreffenden Lehrkörpers, auf dem drei zur Leitung Geeignete angegeben sein müssen, gewählt. Die Wahl erfolgt auf sechs Jahre. Die Schulunterhaltungspflichtigen sind an diesen Wahlvorschlag gebunden. Besondere Prüfungen sind vom Schulleiter nicht zu fordern.

In allen Ländern ist durch Gesetz zu bestimmen, daß die Lehrer an öffentlichen Schulen (mit Ausnahme der Fach- und Fortbildungsschulen) unmittelbare Staatsbeamte sind.

Sie werden vom Staat geprüft, angestellt und besoldet.

Wie zu erwarten war, wurden hiergegen eine große Zahl formulierter Erklärungen vorgebracht. Zu den Direktoren und Rektoren und akademisch gebildeten Lehrern und Lehrerinnen, die von jeher der demokratischen Schulleitung widerstrebten, gesellte sich unter stürmischer Heiterkeit des Hauses der „Reichsverband der Schuljugend (!) der Deutschen Volkspartei". Der Vertreter der jüdischen Lehrer verlangte die Gleichstellung dieser Lehrer mit den übrigen. Neben dem Vertreter der deutsch-evangelischen Landeskirchen gab auch der Erzbischof von Bamberg namens des gesamten Episkopats die Erklärung ab, daß die Aufsicht über den Religionsunterricht der Kirche zustehe, und daß sie ausgeübt werden müsse durch die von ihr bestellten und vom Staat zuzulassenden Organe (Zuruf: 200 Jahre zu spät!). Oberbürgermeister Luppe-Nürnberg erklärt namens der deutschen Städte und Gemeinden, die Wahl der Schulleiter durch den Lehrkörper sei für sie unannehmbar. Die Eignung sei durch eine solche Wahl nicht gewährleistet, die Verantwortlichkeit dem Lehrkörper gegenüber unterbinde die notwendige Freiheit. (Zurufe: Und die Oberbürgermeister? Auch ein Demokrat!)

Die Fortsetzung der Berichte wird auf Freitag vormittags 10 Uhr vertagt. Schluß der Sitzung gegen 6 Uhr.

Verweigerter Urlaub.

DA. **Saarbrücken, 16. Juni.** Die Regierungskommission des Saargebiets verweigerte dem zur Reichsschulkonferenz eingeladenen katholischen Lehrer Bernhard Schneider, der der Sozialdemokratischen Partei angehört, den Urlaub nach Berlin. Die Bezirkskonferenz der Sozialdemokratischen Partei vermutet hinter der Maßregel Hintertreppenmanipulationen des Zentrums, wirft dieser Partei einen das Deutschtum der Saarländer empfindlich schädigenden Standpunkt aus parteiegoistisch-konfessionellen Gründen vor und erblickt in der Urlaubsverweigerung selbst einen „Versuch, die Beziehungen der Saarländer zum deutschen Vaterlande zu untergraben".

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Buchdrucker.

Nürnberg, 16. Juni.

Die Aussprache über den Rechenschaftsbericht setzt sich auch heute noch eine Weile fort, bis sie durch einen mit knapper Mehrheit angenommenen Schlußantrag beendet wird. Nach dem Schlußwort des Referenten und Begründung der vorliegenden Anträge folgt zuerst noch eine Flut persönlicher Bemerkungen, darauf die Abstimmung. Das Hauptinteresse konzentriert sich auf zwei von Kotte-Berlin und Böttcher-Leipzig gestellte Anträge, über die namentliche Abstimmung beantragt ist. Der Antrag Kotte verurteilt in langen Ausführungen aufs schärfste die während des Krieges und nach der Revolution eingenommene Haltung der leitenden Verbandsorgane, den Burgfrieden, der die Verelendung der Buchdrucker hervorgerufen habe, usw., und erklärt zum Schluß: „Die Aufgabe der leitenden Organe des Verbandes besteht in enger Fühlungnahme mit den Mitgliedern in der Förderung des Selbst- und Mitbestimmungsrechts derselben in allen Fragen der Neugestaltung wirtschaftlicher und organisatorischer Natur und in der sozialistischen Erziehung zu Massenkämpfern. Der autokratische Charakter der leitenden Organe hat einer wirklichen Demokratie im Verbande Platz zu machen, dan erst wird die Organisation Wollen und Willen der Mitglieder nach innen wie nach außen veranschaulichen."

Der Antrag wird mit 114 gegen 29 Stimmen abgelehnt. Angenommen wird dagegen mit allen gegen 80 Stimmen der Vorschlag der Kommission, in der festgestellt wird, daß der Vorstand nach Lage der Verhältnisse seine Aufgaben und Pflichten vollerfüllt habe, weshalb ihm das Vertrauen auszusprechen sei.

Gegen wenige Stimmen gelangt weiter der folgende Antrag Ebel zur Annahme:

„Die Generalversammlung des V. d. D. B. in Nürnberg hat mit dem lebhaften Bedauern davon Kenntnis genommen, daß im neugeschaffenen Reichswirtschaftsrat die Arbeitnehmer des graphischen Gewerbes keinerlei Vertretung erhalten haben. Die Generalversammlung fordert, daß auch den Arbeitnehmern des für das Wirtschaftsleben so außerordentlich wichtigen graphischen Gewerbes eine Vertretung im Reichswirtschaftsamt zugebilligt wird."

Annahme fand weiter ein Antrag der eingesetzten Kommission, der sich mit der Haltung der Buchdrucker gegenüber den Aktionen der Gesamtarbeiterschaft beschäftigt. Der Antrag lautet:

„Die Generalversammlung stellt mit Genugtuung fest, daß sich die Buchdrucker in voller Einmütigkeit an dem Generalstreik im März zur Aufrechterhaltung der revolutionären Errungenschaften beteiligt haben.

Um für die Zukunft einheitliche Maßnahmen treffen zu können, wie bei ähnlichen Gelegenheiten die erforderliche Aufklärung der Oeffentlichkeit gewährleistet werden kann, bringt die Generalversammlung zum Ausdruck, daß bei zukünftigen, von der Zentralleitung der Gewerkschaften eingeleiteten Aktionen von den Zentralstellen bzw. von den von diesen zur Leitung der örtlichen Bewegung eingesetzten Instanzen bestimmt wird, welche Preßerzeugnisse und Publikationen zur Bekämpfung gegenrevolutionärer Bestrebungen herzustellen sind.

* * *

Die Generalversammlung verurteilt aufs entschiedenste die im letzten Jahre wiederholt erfolgten Verbote von Zeitungen. Sie erklärt, daß die uneingeschränkte Preßfreiheit unter allen Umständen gewährleistet werden muß. Jede Beschränkung der Preßfreiheit führt zur geistigen Knechtung und bedeutet einen Kulturrückschritt.

Die in letzter Zeit in die Erscheinung getretene Vertrustung des Zeitungsgewerbes durch die Schwerindustrie liegt nicht im Interesse der Preßfreiheit. Diese Monopolisierung führt zu einer einseitigen Beeinflussung der öffentlichen Meinung im kapitalistischen Sinne, die letzten Endes eine Demoralisierung des Zeitungsgewerbe im Gefolge haben muß und auch für die Arbeiterschaft des Zeitungsgewerbes de größten Gefahren in sich birgt."

Der halsstarrige Landarbeiterverband.

Unter dieser Ueberschrift verbreitet „Der Tag", der Ableger des schwerindustriell gekauften „Berliner Lokal-Anzeiger" eine Schwindelnachricht, welche behauptet, die Bemühungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die auf Veranlassung des Arbeitsministers zur Bildung eines Schiedsgerichts für den Lohnstreit im Bezirk Köslin in Pommern geladen waren, seien ergebnislos verlaufen, da der Landarbeiterverband den Vermittlungsvorschlag des Ministers, kreisweise die Lohnfrage zu regeln, nicht angenommen habe.

Nicht auf Veranlassung des Arbeitsministers, sondern des Preußischen Landwirtschaftsministers sollte ein paritätisches Schiedsgericht zur Errichtung eines neuen Lohntarifes zusammentreten. Wer aber die Teilnahme ablehnte, das waren die im Pommerschen Landbund vereinigten Großgrundbesitzer. Weil nun das Schiedsgericht durch die Schuld der Arbeitgeber nicht zustande kam, wurde der amtliche Schlichtungsausschuß zur Entscheidung angerufen. Dieser hat am 16. Juni mit 10 gegen 5 Stimmen entschieden, daß die Kreisspruchkammern im Regierungsbezirk Köslin kreisweise über die Errichtung neuer Tarife entscheiden sollen.

Das Vertrauen der Landarbeiter in diese Spruchkammern ist nicht sehr groß, da ihnen als Arbeitnehmerbeisitzer vielfach Mitglieder des Pommerschen Landbundes angehören. Gleichwohl erwarten die Landarbeiter von den Entscheidungen der Spruchkammern, daß ihren berechtigten Forderungen Rechnung getragen wird, da sonst eine Arbeitseinstellung in Hinterpommern nicht zu vermeiden sein dürfte.

* * *

Köslin, 17. Juni. (WTB.) Nach dem Scheitern von Tarifverhandlungen, die für die Landarbeiter im ganzen Regierungsbezirk Köslin eingeleitet waren, sind heute früh auf über 20 Gütern des Kreises Köslin die Landarbeiter in den Ausstand getreten.

Zur Verordnung über Tarifverträge.

Aus dem Arbeitsministerium wird uns geschrieben: „Die „Freiheit" beschäftigt sich in ihrer Nummer vom 10. Juni 1920 mit einer Aenderung, die die Verordnung über Tarifverträge usw. vom 23. Dezember 1918 kürzlich erfahren hat. Die „Freiheit" spricht ihr Befremden darüber aus, daß nach dieser Verordnung die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die an einem Tarifvertrag beteiligt sind, den Abschluß des Vertrages und ebenso die Aufhebung oder Kündigung des Vertrages dem Reichsamt und den Landesämtern für Arbeitsvermittlung mitzuteilen haben. Dazu ist das folgende zu bemerken: Eine einwandfreie Feststellung darüber, welche Tarifverträge in Geltung sind, liegt unzweifelhaft im öffentlichen Interesse und insbesondere im Interesse der Arbeitnehmer. Deshalb ist in Uebereinstimmung mit den Wünschen der maßgebenden Verbände ein Tarifarchiv geschaffen worden, in dem alle Tarifverträge amtlich gesammelt werden. Um dieses Tarifarchiv ständig auf dem laufenden zu halten, schreibt die Verordnung die erwähnten Meldungen vor. Auch die „Freiheit" wird zugeben müssen, daß es sich hier nicht um übermäßige Neugierde der Regierung handelt, wie sie annimmt, sondern um ein sachlich begründetes Bedürfnis.

Reichstarifverhandlungen der Einnehmer im Versicherungsgewerbe.

Die am Mittwoch im Dresdener Kasino vollzählich versammelten Berliner Einnehmer nahmen den Bericht der Berliner Tarifkommission entgegen. Die Gehaltssätze des Reichstarifvertrages vom 30. April galten als zum 30. Juni gekündigt. In den Verhandlungen am 14. d. M. wurde eine Erhöhung des Monatseinkommens für die teuerste Ortsklasse von 540 M. auf 945 M. gefordert. Der Arbeitgeberverband lehnte ab, ohne einen Gegenvorschlag zu machen. Die Unternehmer erklären das jetzige Einkommen sogar bis 30. September als ausreichend, weil ein allgemeiner Preisrückgang eingetreten sei. Dieses Verhalten machte ein Weiterverhandeln unmöglich. Das Reichsarbeitsministerium ist um sofortige Einsetzung eines Schiedsgerichts ersucht worden. Die Einnehmer protestieren schärfstens gegen das Verhalten der Arbeitgeber. Die Maßnahmen der Tarifkommission billigen sie und hoffen, daß das Schiedsgericht schnellstens in Funktion tritt. Alle Schuld, wenn es zu einem Wirtschaftskampf kommen sollte, trifft die Versicherungsdirektoren. Die Erbitterung der Einnehmer wird noch gesteigert durch das rigorose Vorgehen der „Viktoria", welche versucht, die Fristen für das Verdienen von Abschlußprovisionen soweit zu verlängern, daß letztere als ausschlaggebende Verdienstmöglichkeit nicht mehr in Frage kommen.

Achtung, Zimmerer!

Die Firma Schmelz- und Hüttenwerke, Berlin-Oberschöneweide, Lindenstraße, führt Hochbauarbeiten in eigener Regie aus. Sie weigert sich aber, den durch Schiedsspruch neu abgeschlossenen Tariflohn zu zahlen. Nachdem die Organisation mit der Firma verhandelt hatte und keine Einigung erzielt werden konnte, traten die Zimmerer der Firma in den Streik. Hiermit wird über die genannte Firma die Sperre verhängt. Kein Zimmerer darf dort in Arbeit treten.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands.
Zahlstelle Berlin und Umg.

Achtung, Töpfer!

Der Schlosser Eugen Krüger läßt für die Firma Jacob Ravené Söhne, Wallstr. 5/8, im Keller des Hauses Adalbertstr. 88, Ecke Engelufer, transportable Oefen bauen. Die Bezahlung entspricht bei weitem nicht den tariflichen Bestimmungen. Ein Ofen, der nach dem Tarif mit 53,70 M. zu zahlen ist, wurde mit 16 M. bezahlt; ein anderer mit Tarifpreis 193,12 M. wurde nur mit 100 M. bezahlt. Der Betrieb ist unter allen Umständen von organisierten Arbeitern zu meiden und ist vom Zentralverband der Töpfer gesperrt.

Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands.
Filiale Berlin.

Die auf Alteisen-, Altmaschinen- und Eisenabfallplätzen beschäftigten Arbeiter und Kutscher nahmen in einer zahlreich besuchten Versammlung zu der Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse Stellung.

Fromke vom Deutschen Transportarbeiterverband verwies in seinem Referat auf die äußerst schwierige Lage, in der sich die Beschäftigten dieser Branche befinden, und zeigte an Hand reichhaltigen Materials, wie einseitig in diesem Beruf die Arbeitgeber über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse entscheiden.

Trotzdem die Branche 136 Firmen mit 1500 Beschäftigten aufweist, sei es bisher noch nicht möglich gewesen, die Arbeitgeber zum Abschluß eines Kollektivlohnabkommens zu bewegen. Auch der Abschluß von Einzelverträgen halte schwer. Die Herren Arbeitgeber im Alteisen- und Altmaschinenhandel kehren auch heute noch den bereits überlebten Herrn-im-Hause-Standpunkt sehr deutlich hervor und maßen sich an, ihren Arbeitern zu verbieten, Lohnverträge auf gewerkschaftlicher Grundlage abzuschließen. Da die Arbeiterschaft, mit ganz kleinen Ausnahmen, fast restlos organisiert ist, wurde beschlossen, die erforderlichen Vorarbeiten für den Abschluß eines Kollektivlohnabkommens vorzubereiten, in dem alle Arbeitgeber der ganzen Branche einbegriffen sind. Um diesen Zweck möglichst bald zu erreichen, werden alle Beschäftigten ersucht, soweit es noch nicht geschehen ist, die genaue Adresse ihrer Firma an die Branchenleitung des Transportarbeiterverbandes, Engelufer 14/15, gelangen zu lassen.

Eine Generalversammlung des Zentralverbandes der Fleischer (Ortsverwaltung Berlin) nahm am Mittwoch den Bericht von Janert und Döring über die Konferenz des Verbandsbeirats entgegen, die unter anderem die Erhöhung der Beiträge und der Streikunterstützung beschlossen und es abgelehnt hat, in eine Arbeitsgemeinschaft einzutreten, die aber nach einem weitern Beschluß es billigt, mit den Arbeitgebern lose Fühlung zu halten, um Arbeitsgelegenheit für Fleischer zu schaffen. Die Versammlung billigte durch einen Beschluß die Stellungnahme der Beiratsmitglieder in der Konferenz.

Rosin erstattete dann den Geschäftsbericht der Ortsverwaltung für die ersten fünf Monate des Jahres. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des ersten Quartals 4781, darunter 434 weibliche. Eine der wichtigsten Aufgaben der Ortsverwaltung in den ersten fünf Monaten war die Stellungnahme zur Arbeitsbeschaffung für die zahllosen Arbeitslosen im Fleischergewerbe. In der Richtung wurden eine Reihe von Schritten unternommen. Jetzt wird sich auf Veranlassung des Bevollmächtigten auch die Erwerbslosenfürsorge mit der kritischen Frage beschäftigen. Der Redner schlägt eine Resolution vor, welche Stellung nimmt zu einem gemeinsamen Schreiben des Reichswirtschaftsministers und des Reichsarbeitsministers, das in der Resolution als ein „Schreiben gegen die Arbeitsstreckung" bezeichnet wird. Die arbeitslosen Fleischer, so heißt es in der Resolution unter anderem, beriefen sich auf die folgenden Worte des gedachten Schreibens der Minister: „Mehr und wirkliche Arbeit muß jetzt oberstes Prinzip sein. Das ist aber nur zu erreichen, wenn die in einigen Berufen überflüssigen Arbeitskräfte auf solche Berufe umgestellt werden, wo Arbeitskräfte fehlen." Ein großer Teil Fleischer sei bis zu 18 Monaten arbeitslos und es bestände keine Aussicht auf baldige Beschäftigung im Beruf. Aus diesen Gründen fordere die Versammlung, daß das Arbeitsministerium und das Wirtschaftsministerium für Arbeit sorgen, sei es durch Umstellung auf andere Berufe, Notstandsarbeiten und anderes.

Diese Resolution wurde nach lebhafter Debatte angenommen. Sie wird den Ministerien zugehen.

Den vorgeschlagenen höheren Beitragssätzen wurde zugestimmt.

Deutscher Transportarbeiterverband. Spedition. Betriebsräte, Vertrauensmänner sowie sämtliche Funktionäre aus allen Betrieben: Montag, abends 7 Uhr, bei Böker, Weberstraße, wichtige Zusammenkunft mit den Funktionären der Angestellten im Speditionsgewerbe. — Sektion I, Gruppe VI, Tüll, Spitzen, Kurzwaren usw. Handelsarbeiter und -arbeiterinnen und Mustermacherinnen: Freitag, den 18. Juni 1920, abends 4½ Uhr, bei Witte, Poststr. 29, Gruppenversammlung.

Achtung! Alsa-Delegierte! Die Delegiertenversammlung findet am Freitag, den 18. d. Mts, nicht statt. Sie ist auf Mittwoch, den 23. d. Mts., abends 8 Uhr, verlegt worden. Vereinslokal: Zentralverband der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7/10.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.